Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Siebenundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 85. **Halle a. S., Donnerstag, den 20. Februar.** **1913.**

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung" werden unausgesetzt von allen Postanstalten und unseren Expeditionen angenommen. **Der Verlag.**

Von der französischen Hetze gegen die deutsche Industrie.

Die „Köln. Ztg." ist in der Lage, einige „Beiträge zu der unsauberen Mache zu liefern, die, vom „Matin" begonnen, gegenwärtig von verschiedenen Seiten weitergetrieben wird, einschließlich der — — französischen Regierung!

Zunächst eine Tatsache, deren Komik in die Augen fällt. Ausgerechnet der „Matin" hat sich durch ein Rundschreiben bei der deutschen Industrie um — Anzeigen beworben, und zwar in denselben Tagen, wo er seine Hetze am lebhaftesten betrieb. Eine der deutschen Firmen, an die er sich dafür wandte, hat ihn dann gehörig ablaufen lassen. Diese Firma, Andernacher Dörrgemüse und Konservenfabrik Luithlen & Neumann, teilt den Briefwechsel mit, den sie daraufhin mit dem Blatte geführt hat. Auf die selbstverständliche Abfuhr, die sie ihm angedeihen ließ, erklärte die Verwaltung des „Matin", Redaktion und Verwaltung des Blattes seien getrennt, und die Redaktion sei völlig frei, so zu handeln, wie sie es im französischen Interesse für gut finde. Es steht keiner französischen Zeitung an, sich in dieser Weise mit Tugend zu brüsten. Wer die Zustände drüben kennt, weiß, daß in der französischen Presse allgemein, dem deutschen Brauch schroff entgegen, der geschäftliche und der redaktionelle Teil eben nicht getrennt sind. In dem Text der Blätter wimmelt es von verdeckten und offenen Anzeigen und Reklamen, denn weil die eigentlichen Anzeigen nicht ausreichen, um die Kosten der Herstellung des Blattes aufzuwiegen, muß der allgemeine Teil herhalten, der für jedermann zu haben ist. Es ist deshalb auch schon die Möglichkeit hervorgehoben worden, daß die unmittelbaren Mitbewerber der angegriffenen deutschen Firmen die Angriffe veranlaßt haben. Vielleicht haben sie auch die Blätter bezahlt, die ihnen in dieser Weise dienlich waren. Dieses Treiben muß endlich einmal aufgedeckt werden!

Man arbeitet drüben auch mit Fälschungen. Schon seit Monaten geht in Frankreich ein Zettel um, auf dem angeblich von deutscher Seite „Zehn Gebote des Käufers" aufgesetzt sind, die bezwecken sollen, den deutschen Käufer zu veranlassen, nur deutsche Waren zu kaufen. In dem Briefwechsel des „Matin" mit der obenerwähnten Firma wird behauptet, dieses Flugblatt sei in Deutschland in Millionen von Exemplaren verbreitet worden. Dann müßten auch viele Leute hierzulande darum wissen, es würde auch uns wohl auf den Tisch geflogen sein, wie so manches von der Gattung, was die Ausländer gegen die deutsche Industrie im Schilde führen, z. B. ein Kärtchen aus England, das eine Reklame für eine sonst unbekannte Zeitschrift mit einer Warnung vor dem Kauf deutscher Waren verbindet. Jenes Machwerk ist eine Fälschung, und in geschäftlichen Kreisen wird ein französischer Fabrikant von Zahnputzmitteln beschuldigt, es in die Welt gesetzt zu haben. Wieder eine Warnung für die deutsche Kundschaft, sich gerade in bezug auf Parfümerie und verwandte Waren auf deutsches Erzeugnis zu beschränken, das erwiesenermaßen jeden Vergleich mit französischer Ware siegreich besteht.

Es ist freudig zu begrüßen, wenn die deutsche Industrie sich einmal selbst zur Wehr setzt. Das hat die Continental, Tautschuk- und Guttapercha-Compagnie, Hannover, in sehr geschickter Weise getan. Sie hat vor einiger Zeit in vielen Exemplaren ein französisches Flugblatt vervielfältigt, das in der denkbar plumpsten Aufmachung einen deutschen Soldaten darstellt und neben diesem Zerrbild einen Text folgenden Inhalts aufweist: „Die deutsche Invasion. Gegenwärtig opfert jedermann sein Scherflein für die Luftschiffahrt, und da sollte, um die deutsche Invasion zu bekämpfen, kein guter Franzose andere als französische Erzeugnisse kaufen; so oft du ein deutsches Pneumatik kaufst, lieferst du mit diesem Gelde ein Gewehr an Preußen." Und der Zweck? Neben dem Zerrbild des „Preußen" liegen Gummireifen mit der Aufschrift „Continental". Für die Hannoversche Fabrik lag es klar, daß der anonyme Verbreiter des Flugblatts jemand war, der Interesse daran hat, ihr Erzeugnis zu bekämpfen. Das sprach sie in ihren Randbemerkungen zu ihrer Vervielfältigung auch aus. Allein diese französische Firma, Michelin, fühlte sich durch diese Bemerkung getroffen und stellte deren Urheberin zur Rede. Die Antwort, welche die deutsche Fabrik mit dem Wortlaut des Schreibens der Gegenseite verbreitet, ist von anerkennenswerter Deutlichkeit und Stolz. Sie lautet:

In Antwort auf Ihr Schreiben vom 11. ds. sind wir allerdings der Meinung, daß die in Frankreich gegen unsere Pneumatiks und gegen die in Clichy fabrizierten Reifen in Szene gesetzte Hetze von unserer Konkurrenz inspiriert oder mit deren Geld durchgeführt wird; denn wir können nicht glauben, daß die großen Summen, die für diese Hetze aufgewandt werden, von Schokoladen-, Parfümerie- oder Champagnerfabriken bezahlt werden.

Mit der Firma Michelin beschäftigt sich eingehend ein Aufsatz der Berliner „Post". Es geht daraus hervor, daß diese Firma bei der Ausstellung zu Turin 1911 ihre Anpreisungen mit Schmähungen des Deutschen Kaisers verbunden hat. **Und diese Firma unterhält eine Niederlage in Deutschland!**

Es muß auch auf ein anderes Mittel hingewiesen werden, dessen sich die Hetzer bedienen: der Rechtung mittels Maueranschlägen. In einem solchen, der die Aufschrift „Hochverrat" trägt, werden die einzelnen Firmen namentlich aufgeführt, und wo es angeht, wird ihnen ein Spionagezweck unterstellt, namentlich wenn sie eine Niederlassung in Frankreich haben. Die erste Fabrik, die da mitgenommen wird, ist die von Knorr in Heilbronn wegen ihrer Niederlassung in Nancy. Sie wird zwar nicht genannt, ist aber zu erkennen; übrigens ist gerade sie das Ziel besonders gemeiner Anschläge. Es folgen gehässige Erwähnungen der österreichischen Karpathen-Petroleum-Gesellschaft, von W. E. Merck in Darmstadt, von den Siemens-Schuckert-Werken, von der Osram-Lampe usw., immer in einer Form und in einem Zusammenhang, der jeder deutschen Zeitung eine schwere Verurteilung einbringen würde, wenn sie in derselben Weise eine französische Firma behandelte.

Es konnte nicht ausbleiben, daß neben den französischen Geschäftsleuten Ausländer auf dem Plane erschienen, um sich als lachende Dritte zwischen die Franzosen und die Deutschen zu schieben. Diese Ausländer haben die Wahl, entweder offen in ihren Drucksachen und Anzeigen die deutsche Ware ihrer Mitbewerber schlecht zu machen oder sich heimlich hinter die Zeitungen zu stecken, welche die Hetze gegen die deutsche Einfuhr betreiben. Für heute ein Beispiel der ersteren Methode, das die Zeitschrift Der Handelsstand, Organ des Kaufmännischen Vereins Hamburg 1858, mitzuteilen in der Lage ist. J. Underwood & Co., Schreibmaschinenfabrikanten, versenden an die französische Kundschaft ein Preisverzeichnis, in welchem folgende gehässige Stelle vorkommt:

> Wir warnen Sie gegen die Leistungen, die zu niedrigen Preisen durch die deutsche Einfuhr dargeboten werden, und an denen billig nur der anfängliche Preis ist, wogegen sie wegen ihrer geringen Dauerhaftigkeit in Wirklichkeit viel teurer zu stehen kommen als die Erzeugnisse besserer Marke.

Diese Firma J. Underwood & Co., die in Deutschland Tausende ihrer Maschinen abgesetzt hat und höchstwahrscheinlich in dem kaufmännisch weniger entwickelten Frankreich auf einen gleich hohen Vertrieb niemals rechnen kann, würde in Deutschland wegen eines solchen Preisverzeichnisses auch wohl eine Verurteilung für unlauteren Wettbewerb erleben. Diese Verurteilung mag ihr nun die Allgemeinheit angedeihen lassen.

Auch Ausländer, deren Interesse an der Sache nicht unmittelbar ersichtlich ist, beteiligen sich an der Hetze. Vor kurzem brachten deutsche Zeitungen einen Auszug aus einem Schmähartikel des „Paris à Midi" zum Abdruck. Ein Iserlohner Einwohner sandte die Nummer an einen in Paris wohnenden bekannten Deutschen. Unterm 11. ds. schreibt nun der Deutsche aus Paris:

> Es dürfte Sie interessieren, daß kürzlich Arbeiter des „Paris à Midi" große Protestplakate gegen den Herausgeber angeschlagen haben, worin sie ihn wegen seiner Deutschenfresserei lächerlich machen und dabei erklären, daß er gar kein Franzose sei, sondern ein Belgier, der bei Ausbruch eines Krieges mit Deutschland sicher als einer der ersten Paris verlassen würde.

Zuguterletzt ist ein Landesverein gegründet worden, der den Pressefeldzug im Volke fortsetzen will. „Ligue des acheteurs et consommateurs d'articles et de produits français" nennt sich die Vereinigung, an deren Spitze ein Herr Payer, Mitglied des Pariser Stadtrats, steht. Die Mitglieder, die Franzosen sein müssen, verpflichten sich, nur französische Ware zu kaufen, und diese soll durch eine besondere Marke kenntlich gemacht werden. Die Marke wird von Vereins wegen den Fabrikanten zur Verfügung gestellt, die der Vereinigung ihrerseits beitreten. Der Jahresbeitrag ist auf 1,25 Fr. bemessen. Von der Summe der Beiträge werden 50 Prozent für Geschäftsführung verwandt, 40 Prozent für Werbung und Anzeigen und 10 Prozent für die Bildung eines Vereinsvermögens. Es sind Ortsgruppen vorgesehen, denen eine gewisse Selbständigkeit eingeräumt wird. Es besteht von früher her schon ein „Comité de défense des articles et produits français"; mit diesem soll, gemäß der Satzung, der neue Verein zusammengehen, um die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs, wie es sehr euphemistisch heißt, gegen den unlauteren Wettbewerb zu schützen. Nun, etwas Unlautereres als der Feldzug, an dem sich nun auch dieser Landesverein beteiligen will, kann es wohl kaum geben, und es ist zu hoffen, daß in Deutschland die in Betracht kommenden Behörden, vor allem aber die Allgemeinheit, sich zum Schutz der heimischen Industrie aufraffen werden.

Enver Bei.

Das Gerücht, daß Enver Bey an Bord des türkischen Kreuzers „Torgut Reis" von einer meuchlerischen Kugel getroffen worden sei, wird, wie schon amtlich gemeldet, bestritten, es ist jedoch bemerkenswert, daß Gerüchte, die Enver zum Gegenstand von Anfeindungen seitens der Armee machen, andauernd in Umlauf gesetzt werden. Der Kapitän eines Handelsdampfers versichert, er sei Zeuge gewesen, daß Enver auf einen Schlepper in Sicherheit gebracht wurde und von dort an Bord des Kriegsschiffs gegangen sei. Er soll damals von Gallipoli geflüchtet sein.. — Das war nach dem verunglückten ersten Landungsversuch der Türken bei Scharköj.

Enver Bey ist jetzt zum Generalstabschef des auf Gallipoli operierenden 10. Armeekorps und der frühere Marineminister Hurschid Pascha zum Kommandanten von Gallipoli ernannt worden. (Die Meldung scheint zu bestätigen, daß Enver Bey mit dem bisherigen Truppenbefehlshaber auf Gallipoli, Fakri Pascha, auf schlechtem Fuße stand. Red.)

Eine Kunde aus Adrianopel.

Ueber Konstantinopel erhielt die Deutsche Orientbank brieflich Kunde von den Angestellten ihrer Filiale in Adrianopel. Der Brief ist vom 27. Januar datiert und traf vor vier Tagen aus Adrianopel in der türkischen Hauptstadt ein, von wo er nach Berlin befördert wurde. Er teilte unter anderem mit, daß das Personal der Adrianopeler Zweiganstalt wohlauf ist.

Deutsches Reich.

Die Arbeiten des Abgeordnetenhauses.

Der Rückstand der parlamentarischen Arbeiten im Abgeordnetenhause führt bereits dazu, daß man von dem sitzungsfreien Mittwoch abzugehen gewungen ist. Auch auf den Wahltermin dürfte der schleppende Gang der Etatberatungen nicht ohne Einfluß bleiben. Die Regierung hat, wie schon berichtet, zuletzt den 16. Mai als Termin für die Urwahlen ins Auge gefaßt. Soll die Wahl nicht mit dem Regierungsjubiläum kollidieren, so ist ein späterer Termin kaum möglich, da Abgeordnetenstichwahlen diesmal in größerer Zahl mit Sicherheit zu erwarten sind. In großen Wahlkreisen müssen diese aber in der Form von Friststwahlen vorgenommen werden, wodurch ein weiterer Wahltag nötig wird, sofern nicht Kandidaten die absolute Mehrheit auf sich vereinigen. Aber gerade in den Mehrmännerkreisen der Großstädte und Industriegebiete erscheint das zweifelhaft.

Ein neuer Reklameschwätzer à la Wetterlé.

Der ehemalige elsässische Reichstagsabgeordnete Preiß hat nun ebenfalls vor den Nationalisten in — — Paris einen Vortrag über Elsaß Lothringen gehalten, der zwar insofern eine gewisse Mäßigung aufweist, als Preiß jeden Hinweis auf die Zukunft wegließ, sonst aber mit starken Ausdrücken nicht sparte. Preiß sagte unter anderem: Das elsässische Volk lehne sich gegen den Vertrag, dem es nie zugestimmt habe, noch immer auf. Mit diesen Leuten könne man einfach nicht leben. Das Ziel der elsässischen Nationalistenpartei sei, die elsässische Frage vor das zivilisierte Europa zu bringen. Dieses müßte wissen, daß heute noch inmitten Europas ein unterdrücktes Volk sich befinde, das unter dem Joch eines brutalen tyrannischen Siegers seufze.

Anwaltsgebühren und Anwaltszwang.

Am 20. Januar d. J. sprach der bekannte Heidelberger Prozeßjualist Professor Dr. Heinsheimer in einer öffentlichen Versammlung in Heidelberg über die gegenwärtigen Reformbestrebungen auf dem Gebiete des Zivilprozesses, wobei er auch einige speziell die Anwaltschaft angehende Fragen berührte.

Zur Frage der Prozeßkosten führte er aus, daß die Prozesse jedenfalls nicht zu teuer, eher vielleicht zu billig seien, und fuhr dann fort: Das Streben der Rechtsanwälte nach Erhöhung ihrer Gebühren sei berechtigt. Zum allermindesten gelte dies für die unteren Wertstufen. Manche Partei werde sehr erstaunt sein, wie billig ihr Rechtsanwalt arbeite, wenn er nach soundso viel Terminen und dem Aufwand großer Mühe am Schlusse des Prozesses nur wenige Mark erhalte.

Des weiteren trat Professor Heinsheimer energisch für die Aufrechterhaltung des Anwaltszwangs ein, wobei er nur wünschte, daß von der Befugnis zur Anordnung des persönlichen Erscheinens der Parteien häufiger Gebrauch gemacht werde. Er betonte, daß der Anwaltszwang weder im Interesse der Anwälte noch zur Bevormundung der Parteien eingeführt sei, sondern im Interesse der Gerichte und der Rechtspflege. Es solle den Gerichten nicht der Rohstoff vorgetragen werden, sondern nur das, was für die Entscheidung des Gerichts wesentlich von Wert sei, und hierzu bedürfe es eben der Vermittlung des Anwalts. Ein Hauptsegen des Anwaltszwanges liege darin, daß durch ihn die Erhebung vieler Klagen verhindert werde.

(Diese Ausführungen verdienen um deswillen besonderes Interesse, weil Heinsheimer nicht nur zu den ersten Autoritäten der Wissenschaft des Zivilgerichts zählt, sondern auch die Praxis des Zivilprozesses aus langjähriger richterlicher Tätigkeit bestens kennt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130220011/fragment/page=0001

* **Rostock, 19. Febr.** Der Amtsrichter Fehlandt zu Ribnitz, der durch die vielen hartnäckigen Kolonialprozesse gegen den Leutnant a. D. und Stationsleiter Rabe seinerzeit der weiteren Oeffentlichkeit bekannt geworden ist, ist vom Dienste suspendiert worden, und es ist ein Disziplinarverfahren sowie ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet worden. Die Untersuchung wird von den Behörden geheim geführt, so daß über die Veranlassung zu dem Verfahren nichts Sicheres zu ermitteln ist. Der Beschuldigte wurde seinerzeit durch den Staatssekretär Dernburg aus dem Kolonialdienst entlassen. Trotzdem stellte ihn das mecklenburgische Justizministerium sofort als Amtsrichter in Ribnitz an.

* **Der französische Botschafter in Berlin, Jules Cambon, und sein Bruder, der französische Botschafter in London, Paul Cambon,** sind gestern in Paris von dem Präsidenten Poincaré empfangen worden.

Der neueste Stand des deutschen Genossenschaftswesens wird an der Hand der wichtigsten Statistiken und Geschäftsberichte im Januarheft des „Reichs-Arbeitsblatts" darzustellen begonnen. Die Zahl der eingetragenen Genossenschaften betrug Anfang 1910 29 437 mit 4 877 850 Mitgliedern, Anfang 1912 31 771. Auf 100 Einwohner kommen bereits etwa 8 Genossenschafter. Unter den Genossenschaften stehen an erster Stelle die Kreditgenossenschaften (1910 rund 17 000 mit 2½ Mill. Mitgliedern), an zweiter Stelle die Konsumentengenossenschaften (rund 3400 mit 1,7 Mill. Mitgliedern), darunter Konsumvereine, Produktivgenossenschaften, Baugenossenschaften, mit welchen Gruppen sich weitere Aufsätze des „Reichs-Arbeitsblatts" beschäftigen werden. an dritter Stelle die Warengenossenschaften (rund 8800 mit 700 000 Mitgliedern), darunter vor allem die landwirtschaftlichen Verwertungs- und Bezugsgenossenschaften (rund 7400 mit 625 000 Mitgliedern.)

Hof- und Personalnachrichten.

* **König Carol von Rumänien** hat, wie aus Bukarest telegraphiert wird, auf die Mitteilung von der Geburt des Prinzen Mircea ein Glückwunschschreiben des Königs der Bulgaren erhalten.

* **Prinz Ernst August, Herzog von Braunschweig und Lüneburg,** der Verlobte der Prinzessin Viktoria Luise, ist wieder auf Schloß Gmunden (Oberösterreich) eingetroffen.

Ausland.

Bombenexplosion im Hause von Lloyd George.

In dem neu erbauten Hause des Schatzkanzlers Lloyd George in Walton on the Hill bei Epsom explodierte im Schlafzimmer eines Dieners eine Bombe. Der Schaden wird auf sechshundert Pfund geschätzt. Da das Haus noch nicht bezogen ist, wurde niemand verwundet. Es wurde eine zweite Bombe aufgefunden, die nicht explodiert ist. Von den Urhebern des Anschlages hat man noch keine Spur. Die beiden Bomben bestanden aus Weißblechbüchsen, die schwarzes Pulver im Gewicht von sieben Pfund enthielten. In der Nähe der Bomben wurden zerbrochene Hutnadeln gefunden.

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

136. Sitzung, Mittwoch, den 19. Februar.

Am Ministertisch: Dr. Beseler.

Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Der Justizetat.

(Vierter Tag.)

Abg. Göbel (Zentr.)

bittet den Minister, die Justizbehörden anzuweisen, bei Bekanntmachungen der Justiz auch die katholische Presse gebührend zu berücksichtigen.

Justizminister Dr. Beseler:

Eine Bevorzugung irgendeiner konfessionellen Richtung findet nicht statt. Die Zentralbehörde ist nicht in der Lage, eine Empfehlung zu geben, welche Zeitungen benutzt werden sollen; das muß den Lokalbehörden überlassen bleiben.

Abg. Boisly (Natl.):

Der Abg. Liebknecht hat gestern eingehend die heutige Praxis im Wiederaufnahmeverfahren besprochen und gesagt: die Richter urteilten nach der Schablone, und es sei sehr schwer, ein Wiederaufnahmeverfahren durchzusetzen. Solche allgemeine Behauptung läßt sich ja leicht aufstellen, da das Gegenteil sich schwer beweisen läßt. Aber wenn der Abg. Liebknecht dabei aus seiner Privatpraxis Einzelfälle vorgetragen hat, um daraus Schlüsse zu ziehen, so muß das auf das entschiedenste zurückgewiesen werden.

Eine große Reihe von Rednern trägt lokale Wünsche vor, die sich meist auf den Neubau von Gerichtsgebäuden beziehen.

Die Budgetkommission hat die Forderung von 200 000 Mark als erste Rate für den Neubau eines Geschäftsgebäudes für das Landgericht und das Amtsgericht in Beuthen gestrichen.

Justizminister Dr. Beseler

schildert die unhaltbaren Zustände, die in Beuthen herrschen. Die Räume des Gerichts in Beuthen sind auf verschiedene Wohngebäude verteilt. Es liegt aber gerade im Interesse der Rechtspflege, daß möglichst viel Räume in einem Gebäude vereinigt sind. Die Verfolgung der Verbrecher wird sehr erschwert, wenn die Staatsanwaltschaft nicht in demselben Gebäude untergebracht ist wie das Gericht. Dem jetzigen Notstand muß ein Ende gemacht werden.

Abg. Graf Henckel-Donnersmarck (Zentr.)

beantragt Wiederherstellung der Position, die nur durch eine Zufallsmehrheit in der Kommission gestrichen sei.

Abg. Peter (Zentr.)

spricht in gleichem Sinne.

Abg. Haarmann (Natl.)

spricht für den Neubau. (Lautes Bravo! im Zentr.)

Abg. Dr. Krause-Waldenburg (Freikons.):

Wir sind grundsätzlich gegen allzugroße Gerichte. Man sollte das Beuthener Gericht teilen, dann reichen die heutigen Räume aus.

Abg. Cassel (Vp.):

Wir werden in der Mehrheit für die Wiederherstellung der Position stimmen, denn wir wollen der Stadt Beuthen, die ständig im Wachstum begriffen ist, das notwendige neue Gebäude nicht vorenthalten.

Das Haus beschließt mit überwiegender Mehrheit die Wiederherstellung der Position. (Heiterer Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Wenn ein Regierungsvertreter einem konservativen Redner jemals so entgegengetreten wäre, wie gestern Geheimrat Wloschke mir geantwortet hat, dann hätte ich einmal den Lärm des Herrn v. Pappenheim hören mögen. Hoffentlich handelt es sich nur um eine Entgleisung, die nicht ernst genommen zu werden braucht. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Damit ist die zweite Lesung des Justizetats beendet.

Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Am Ministertisch erscheint Dr. Sydow.

Bei den dauernden Ausgaben, Titel Ministergehalt, findet eine allgemeine Aussprache statt.

Abg. Hammer (Kons.):

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands hebt sich fortgesetzt. Das zeigt sich namentlich in der Vermehrung der Eisen- und Kohlenproduktion, und es kommt in allen Berichten der Handelskammern zum Ausdruck. Die Freisinnler haben also keinen Anlaß zu Klagen. Auch das Handwerk ist durch unsere Zolltarifpolitik nicht geschädigt. Industrie und Landwirtschaft müssen darum zusammenstehen, um diese Zollpolitik zu erhalten. Der Etat entzückt als Zuschuß an die Handwerkskammern die Summe von 100 000 Mk. Das reicht nicht aus. Wir müssen der Errichtung von Submissionsämtern nähertreten. Erst 16 Prozent aller militärischen Aufträge werden an Handwerker gegeben. Wenn man den Mittelstand in Stand und Land nicht schützt, wird die rote Flut immer höher steigen. Die sächsische Regierung hat auf Anregung des reichsdeutschen Mittelstandsverbandes, Sitz Leipzig, bereits ein Submissionsamt für das Königreich Sachsen errichtet. Dem sollte Preußen folgen. Ein solches Amt könnte an leistungsfähige Handwerkskammern oder Genossenschaftsverbände angeschlossen werden.

Bei Ausarbeitung der Angebote der sich bewerbenden Genossenschaften und Lieferungsverbänden sollten sich die Behörden eines Vertrauensmannes der Handwerker bedienen, an den sie sich halten könnten. Denn mit den Handwerkern ist gar nicht so leicht umzugehen. (Sehr richtig!) Die Frage der Sicherung der Bauforderungen ist bei dem Darniederliegen des Baumarktes wieder besonders aktuell. Gegen die Einführung des zweiten Teiles dieses Gesetzes sträubt sich die Regierung immer noch. Sie sollte nun aber wenigstens dem Beschluß der Kommission für Handel und Gewerbe folgen, und den zweiten Teil des Gesetzes, in den Städten, wo ein Bauschwindel festgestellt ist, auf die Dauer von zehn Jahren einführen. Im Bundesrat möge die preußische Regierung ihren Einfluß auf eine Abänderung der Reichsgewerbeordnung geltend machen, besonders nach der Richtung einer Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk und der Heranziehung der fabrikmäßigen Großbetriebe zu den Kosten der Lehrlingsausbildung. Die Dentisten verlangen, daß für ihren Beruf eine dreijährige Lehrzeit mit Abschlußprüfung obligatorisch gemacht wird, damit ungeeignete Elemente rechtzeitig ausgemerzt werden können. Die gewerblichen Genossenschaften müssen gezwungen werden, sich einem der Revisionsverbände anzuschließen.

Die Darmstädter Bank, Filiale Frankfurt a. M., hat ein Rundschreiben an Genossenschaftsverbände versandt, worin sie sie auffordert mit ihnen Ultimogeschäfte zu machen. Mir ist bekannt, daß drei Vorstandsmitglieder von gewerblichen Genossenschaften an Börsenspekulationen zugrunde gegangen sind. Dabei haben sie zum Teil die Genossenschaftskasse stark geschädigt. Ich halte es daher für unmoralisch, daß eine derartige Bank an einfache Geschäftsleute herangeht und sie zum Börsenspiel animiert. (Sehr richtig! rechts.) Die Wanderlagerbetriebe machen den Handwerkern noch immer schwere Konkurrenz. Der Bundesrat sollte etwas schneller arbeiten, um hier Abhilfe zu schaffen. Die Nahrungsmittelkontrolle wird bei den Hausierern sehr mangelhaft gehandhabt. Der Verabfolgung der Hausiererscheine muß eine sorgfältige Prüfung vorangehen. Die Kleinhandelsausschüsse sind von den 80 Handelskammern in Preußen erst bei 50 Handelskammern eingerichtet. Auch dann muß etwas schneller vorgegangen werden. Wir wollen Schutz für Landwirtschaft und Industrie, aber auch Schutz für den Mittelstand. Die segensreichen Folgen für Staat und Gesellschaft werden nicht ausbleiben. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Grunenberg (Zentr.):

Die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens befriedigt auch uns. Früher regten wir eine bessere Ausbildung der Konsulatsbeamten an. Was ist dazu geschehen? Wir raten auch zu einer Vermehrung der Handelssachverständigen im Auslande und — trotz des Widerstandes des Finanzministers — zu einer besseren Vorbildung der mittleren technischen Zollbeamten. Zur Vorbereitung der Handelsverträge wünschen wir eine Produktionsstatistik im Inlande und entsprechende Mitteilungen über die Verhältnisse des Auslandes. Die Veröffentlichung des Wohnungsgesetzes begrüßen wir lebhaft und billigen die landesgesetzliche Regelung; dem Reich verbleiben auch hier noch genug Aufgaben. Für das Kleingewerbe geschieht noch nicht genug; so wiederholen sich unsere Klagen alljährlich. Die Wanderlager z. B. sind zum größten Teil überflüssig. Auch die Beschwerden über den Warenhandel der Beamten wollen nicht verstummen; hier muß ein gesetzliches Verbot Abhilfe schaffen.

Auffällig ist die Nicht-Zulassung der Aktien der Erdöl-Aktien-Gesellschaft. Auch mir sind über die Kleinhandels-Ausschüsse Klagen zugegangen. Die eine Handelskammer bildet sie nicht, die andere beruft sie nicht. Die Mitglieder dieser Ausschüsse sollten nicht ernannt, sondern gewählt werden. Meine Freunde stellen sich gleichfalls auf den Boden der Denkschrift des Handwerks- und Gewerbekammertags über die Förderung des Handwerks. Der Unmut über die rigorose Durchführung der Bäckereiverordnung hört nicht auf. Für den Mittelstand muß eben mehr geschehen. Das Reklameunwesen macht eine Verschärfung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb nötig. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Schroeder-Cassel (Natl.):

Im Versicherungswesen herrscht durch das Inkrafttreten dieser neuen Reichsgesetze naturgemäß eine große Rechtsunsicherheit, die der Minister durch entsprechende Aufklärung möglichst beseitigen sollte. Die Reichsversicherungsordnung wird zweifellos vieles komplizieren. Besonders bedauerlich ist, daß das Rechtsmittel des Rekurses beim Reichsversicherungsamt so gut wie beseitigt ist. Gewiß mußte das Reichsversicherungsamt entlastet werden, aber nicht auf Kosten der Rechtsuchenden. Die Errichtung selbständiger Berufsgenossenschaften für den Kleinhandel und die Gärtnerei begrüßen wir. Hoffentlich bewähren sie sich nun aber auch. Die Errichtung von Landkrankenkassen sollte in keiner Weise erschwert werden, nachdem diese Kassenform reichsgesetzlich erlaubt ist.

Der preußische Wohnungsgesetzentwurf bedeutet in der jetzt veröffentlichten Form eine wesentliche Abschwächung des Entwurfs von 1904. Immerhin greift er noch in vieler Beziehung in die Rechte der kommunalen Selbstverwaltung ein und wird daraufhin genau zu prüfen sein. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß in den Hauptzügen das Wohnungswesen durch die Einzelstaaten geregelt werden soll. Einzelne Fragen sind jedoch besser durch die Reichsgesetzgebung zu lösen: Erbbaurecht, Hypothekenrecht, Schaffung von Pfandbriefinstituten für den Kleinwohnungsbau u. a. m. Auch wir würden es dankbar begrüßen, wenn der Minister uns seine Gründe für das Eingreifen gegen die Zulassung der Papiere der Deutschen Erdöl-A.-G. auseinandersetzen würde. Das Eingreifen ist mindestens etwas auffällig. Bisher hat es der preußische Handelsminister stets abgelehnt, in dieser Weise in die Zulassung von Papieren einzugreifen. Er hat es sogar ausdrücklich abgelehnt, das zu tun, weil man der Börse selbst die Verantwortung für die Zulassung von Papieren überlassen müsse.

Wir haben den Eindruck, daß hier nicht paritätisch verfahren ist. Die Besteuerung der Konsumvereine sollte baldmöglichst bei der Novelle zum Einkommensteuergesetze geregelt werden. Mindestens sollte die aufgespeicherten Rabatte als Gewinn versteuert werden. Mit der Besteuerung der Rabatt-Sparvereine aber darf diese Frage nicht verknüpft werden. Die Bäckereiverordnung sollte milder gehandhabt werden. Mit einer Aufhebung des § 100 der Reichsgewerbeordnung sind wir einverstanden. Aber allzuviel sollte das Handwerk sich davon nicht versprechen, denn die liebe Konkurrenz wird schon dafür sorgen, daß der einzelne Handwerker nicht zuviel verdient. Wir alle wollen das Handwerk fördern, soweit es in unseren Kräften steht. (Beifall b. d. Natl.)

Handelsminister Dr. Sydow:

Auch die Regierung tut, was sie kann, um dem Handwerk jede mögliche Förderung angedeihen zu lassen. (Beifall.) Es ist richtig, daß ein Vertreter des Handelsministeriums kürzlich in Leipzig war, um sich an Ort und Stelle über das Funktionieren der dortigen Submissionszentrale zu unterrichten. Um ein endgültiges Urteil über diese neue Einrichtung zu fällen, ist die Zeit noch zu kurz. Jedenfalls haben sich in Leipzig die Handwerker zusammengeschlossen, um sich an den Submissionen zu beteiligen, und sie haben in den drei Jahren des Bestehens der Kontrale für 300 000 Mk. Aufträge bekommen. Das ist eine ganz stattliche Summe, wenn sie auch nicht übermäßig hoch ist. Einmal hat die Zentrale auch selbst versucht, einen Auftrag auszuführen. Aber dieser Versuch ist gescheitert, weil sich die Zentrale dabei verfalkuliert hat. (Heiterkeit.) Das beweist nur, daß solche Submissionsämter oder Submissionszentralen selbst Aufträge nicht annehmen dürfen. (Sehr richtig!) Nun liegt mir jetzt ein Angebot der Breslauer Handwerkskammer vor, im Anschluß an die Handwerkskammer eine Submissionsstelle zu errichten. Diese Stelle soll Kenntnis bekommen von allen Ausschreibungen, sie soll den ausschreibenden Behörden Vorschläge machen dürfen, und sie soll mit den Innungen und Handwerkergenossenschaften Fühlung nehmen. Dann soll sie den ausschreibenden Behörden Sachverständige zur Seite stellen und den Behörden weiter einen Preistarif an die Hand geben, nach dem sich die ausschreibenden Behörden richten sollen. Diese Stelle soll also in keiner Weise eine Kontrollbehörde sein, sondern sie soll ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen den ausschreibenden Behörden einerseits und den Organisationen der Handwerker andererseits gewährleisten.

Dieser Vorschlag scheint mir so maßvoll und verständig zu sein, daß man ihm sehr leicht folgen könnte. (Beifall.) Natürlich kann es sich zunächst nur um einen Versuch handeln. Das Handelsministerium würde der Breslauer Handwerkskammer für ein, zwei oder drei Jahre einen Zuschuß leisten. Bewährt sich die Einrichtung, dann kann sie in anderen Städten nachgemacht werden. Von einem zentralisierten Submissionsamt für ganz Preußen aber kann keine Rede sein. (Zustimmung.)

Nun zur angeregten Einführung des zweiten Teils des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen. Ich befürchte, daß durch die Einführung dieses zweiten Teils das ganze Bauwesen in die Hand der großen Banken übergehen würde, weil nur diese Banken die Bestimmungen über die Bausicherungshypothek erfüllen und die verlangte Kaution hinterlegen können. (Sehr richtig! links.) Die Selbständigkeit weiter Kreise der Bauhandwerker würde dadurch gefährdet. (Sehr richtig! links.) Da aber beide Häuser des Landtags sich für die Einführung des zweiten Teils dieses Gesetzes ausgesprochen haben, habe ich in Groß-Berlin, Breslau, Köln, Stettin und Kiel Erhebungen anstellen lassen.

Mit Unterstützung des Statistischen Landesamts wurde die Zahl der Subhastationen der Jahre 1909 bis 1911 in diesen Städten festgestellt und den Ursachen der Subhastationen nachgegangen. Besonders eingehend waren die in Groß-Berlin mit Unterstützung der Berliner Handwerkskammer angestellten Erhebungen. Das Statistische Landesamt beabsichtigt, das ganze Material in Form einer Studie über die Ursachen des Bauschwindels in Berlin zu veröffentlichen. Das Material wird sicher sehr wertvoll sein. Aber die Hoffnung, es jetzt schon fertig zu haben, hat sich nicht erfüllen lassen. Es wird noch zwei Monate dauern. Dann werde ich dem Gesetze gemäß mich mit den Handwerkskammern, Handelskammern und Gemeindevertretungen in Verbindung setzen, und erst dann kann ich die Entscheidung über die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes fällen. Bayern geht in ähnlicher Weise vor und es hat bisher überhaupt noch kein deutscher Staat die Courage gehabt, den zweiten des Gesetzes einzuführen. (Heiterkeit und Hört! Hört! links.) Die Frage der Taxämter steht damit im engsten Zusammenhang. Um den zweiten Teil einzuführen, wäre es wünschenswert, daß wir Taxämter bereits hätten. Zum ersten Teil des Gesetzes sollte geprüft werden, ob man nicht die Nichtführung von Baubüchern auf alle Fälle unter Strafe stellen sollte, und ob man die Baubücher selbst nicht einer Kontrolle unterwerfen könnte. Für die Denkschrift des Handwerks- und Gewerbekammertages bin ich sehr dankbar. Die gibt in vortrefflicher Weise einen Ueberblick über alle schwebenden Fragen des Handwerks und wird dem Reichsamt des Innern bei der Aufstellung einer Novelle zur Gewerbeordnung gute Dienste leisten. (Beifall.)

Gegenwärtig schweben hierüber zwischen den einzelnen Ressorts kommissarische Beratungen. Wenn sie zum Abschluß gekommen sind, werden wir mit den Kreisen des Handwerks sofort Fühlung nehmen. Daß die Sache sich langsam hingezogen hat, liegt wirklich nicht an der Regierung. Es handelt sich eben meist um sehr schwierige Fragen. Ueber die Frage der Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk sind sich Handwerk und Regierung jetzt dahin einig geworden, daß von einer gesetzlichen Abgrenzung nicht die Rede sein kann. Der § 100a kann nicht ohne weiteres aufgehoben werden, weil höhere Preise allein dem Handwerk nicht helfen können. Das haben im vorigen Jahre erst die Schlächter erfahren müssen, als die hohen Preise für Fleisch bestanden. Unser Widerstand gegen die Aufhebung des § 100a entspringt wirklich keiner Engherzigkeit, sondern der Erwägung, daß es auch andere Menschen als Handwerker gibt. (Heiterkeit.)

Zwischen dem preußischen Handelsministerium und dem Reichsamt des Innern ist eine Verständigung darüber erzielt worden, daß die Zulassung von Wanderlagern vom Bedürfnis abhängig gemacht werden soll. Die Kleinhandelsausschüsse haben sich bewährt. Die schwierige Frage der Sonntagsruhe im Binnenschiffergewerbe bildet seit einiger Zeit Gegenstand der Verhandlungen zwischen den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Klagen über die Bäckereiverordnung werden wohl so lange nicht verstummen, wie es noch Betriebe gibt, die nicht den neuen Anforderungen entsprechen. Aber nachdem jetzt alle Bäckereien geprüft und erhebliche Verbesserungen durchgeführt sind, wird man mit der Gewährung dauernder Dispense für Bäckereien, die schon vor Erlaß der neuen Bestimmungen bestanden, weitherziger sein können. (Bravo!)

Mit der Zulassung der 13,8 Millionen Aktien und 6 Millionen Schuldverschreibungen der Deutschen Erdöl-Aktien Gesellschaft hat es folgende Bewandnis. Der Prospekt wegen Zulassung dieser Papiere ist bereits im Herbst vorigen Jahres an die Zulassungsstelle der Berliner Börse gelangt. Da aber die Erdöl-A.-G. eine sehr verzweigte Zahl von Geschäftszweigen hat, war der Prospekt sehr umfangreich ausgefallen — er umfaßte 16 Folioseiten —, und nach Meinung der Zulassungsstelle nicht durchsichtig. Er wurde zur weiteren Klarlegung zurückgeschickt. Bei den beiderseitigen Besprechungen entstand in der Zulassungsstelle selbst das Bedenken, ob es überhaupt möglich sei, dem Antrag stattzugeben solange über das Schicksal der Petroleum-Monopol-Vorlage im Reichstag nicht entschieden ist. Die Bedenken beruhten darin, daß je nach dem Zustandekommen des Monopols die Lage der Gesellschaft in wesentlichen Punkten eine andere sein würde, und zwar einmal weil die Deutsche Erdöl-Aktien-Gesellschaft die ganze deutsche Erdölproduktion in der Hand hat und diese beim Zustandekommen des Monopols an das Monopol verkaufen müßte, zweitens, weil die Gesellschaft einen besonderen Vertrag mit der Standard-Oil-Company für den Fall des Nichtzustandekommens des Monopols geschlossen hat.

Die Vertreter des Konsortiums der neuen Aktien hatten sich diesem Bedenken angeschlossen. Auch ich halte es dem öffentlichen Interesse zuwider, wenn Papiere zugelassen werden, für die ein einigermaßen zutreffender Prospekt nicht aufgestellt werden kann. Das ist der Hauptgrund, weshalb ich mich gegen die Zulassung zurzeit ausgesprochen habe. Die Po-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130220011/fragment/page=0002

piere würden sonst Spekulationspapiere werden, die je nach den Aussichten der Monopolvorlage heraus- oder herunterginngen. Ich habe die Herren von dem Konsortium gebeten, in eine Vertagung der Verhandlungen über die Zulassung solange zu willigen, bis das Schicksal der Monopolvorlage entschieden sei, da ich widrigenfalls Einspruch erheben müßte. Die Befugnis, gegen eine solche Zulassung vorzugehen, wenn ich es im öffentlichen Interesse für geboten erachte, ist mir vom preußischen Abgeordnetenhause bei der Debatte über die Zulassung der Chicago-Milwaukee-Eisenbahnanleihe ausdrücklich bestätigt worden. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich. Weiterberatung Donnerstag 11 Uhr.
Schluß 4¼ Uhr.

Mb. Deutscher Reichstag.

116. Sitzung, Mittwoch, den 19. Februar 1913.

Die Tische des Bundesrats sind leer.

Präsident Dr Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Der Jesuitenantrag des Zentrums.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des vom Zentrum eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu.

Der Antrag, der in Form eines Gesetzes gefaßt ist, hat nur drei Paragraphen. Diese lauten:

§ 1. Das Gesetz, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872 wird aufgehoben.

§ 2. Die zur Ausführung und zur Sicherstellung des Vollzugs des in § 1 genannten Gesetzes erlassenen Anordnungen verlieren ihre Gültigkeit.

§ 3. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.)

begründet den Antrag. Viermal seit dem Jahre 1882 hat der Reichstag die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu verlangt. Trotzdem ist von seiten der Regierungen nichts erfolgt. Darum waren wir im Februar 1912, gleich nachdem der neue Reichstag zusammengetreten war, genötigt, den Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes erneut einzubringen. Zu unserem Antrag liegt nunmehr ein Unterantrag Ablaß (Vp.) vor, der den § 2 unseres Antrages folgenden neuen Absatz geben will:

„Die landesrechtlichen Vorschriften über den Orden der Gesellschaft Jesu bleiben unberührt."

Das ist das Material. Die Zentrumsfraktion ist es nicht allein, die die Aufhebung des Gesetzes fordert. Hunderte von Versammlungen haben Resolutionen in dem gleichen Sinne verlangt. Das beweist, daß die Katholiken in dem Fortbestand dieses Gesetzes eine schwere Gefahr erblicken. Wenn das Gesetz weiter besteht, dann ist die Freiheit des Einzelnen nicht mehr geschützt. Und darauf darf man doch Anspruch erheben, wenn Deutschland wirklich ein Rechtsstaat sein will. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich will nicht auf die Geschichte des Gesetzes eingehen und verweise auf das, was ich im vorigen Jahre im Reichstage darüber ausgeführt habe. Bismarck sprach als preußischer Ministerpräsident schon von der immer mehr hervortretenden Feindschaft Roms gegen die Macht des sich entwickelnden Preußen. Man führte diese angebliche Feindschaft auf die Jesuiten zurück. Seitdem wurde die Aufmerksamkeit auf die Jesuiten gelenkt, und aus diesem Gedanken heraus ist auch das Jesuitengesetz entstanden.

Der § 2 des Jesuitengesetzes wurde vom Bundesrat als Notwehr bezeichnet, damit man dem einzelnen Jesuiten, der an einem Orte eine staatsfeindliche Tätigkeit entwickelte, an einen anderen Ort versetzen könnte, so daß man abwarten könnte, ob er sich dort von neuem staatsfeindlich betätige. Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß man damals im Bundesrat gar nicht daran gedacht hat, die seelsorgerische und priesterliche Tätigkeit der Jesuiten zu unterbinden, sondern man wollte nur die Möglichkeit haben, Jesuiten, die sich politisch betätigen, an einen anderen Ort zu versetzen. Man hat erklärt, daß man die priesterliche Tätigkeit der Jesuiten nicht verbieten wolle, sondern nur ihren Zusammenschluß verhindern wolle. Dem Einzelnen wolle man volle Freiheit gewährleisten, seelsorgerisch und priesterlich tätig zu sein. Der § 2 gilt heute nicht mehr. Aber auch ohne diesen Paragraphen greift das Jesuitengesetz ganz zweifellos in die vitalsten Interessen ein. Der Kulturkampf war abgebrochen und alle die Maßregeln, die gegen die katholische Kirche erlassen waren, werden aufgehoben, weil man einsah, daß sie auf falschen Voraussetzungen beruhten, daß durch die Tätigkeit der katholischen Kirche die Staatsinteressen nicht berührt würden. Nur die Ausnahmebestimmungen gegen den Jesuitenorden bestehen heute noch weiter. Aber auch dieses Gesetz muß beseitigt werden.

Wir verkennen durchaus nicht, daß gewisse Schwierigkeiten auch für uns in dem Verhältnis zu den anderen Konfessionen bestehen. Aber das ist nicht die Schuld der Jesuiten. Auch ihrer Moraltheorie hat man unnötige Vorwürfe gemacht. Wenn das deutsche Volk genötigt wäre, nach der Moral des Jesuitenordens zu leben, dann würden wir entschieden sein, der Ueberschätzung von Geld und Gut und der Unterschätzung von Geist und Wissen. Die deutschen Jesuiten machen uns auch im Auslande Ehre. Sie haben in Beirut eine Anstalt gegründet, die mustergültig ist. Auch die Anlagen in Tokio, haben wir neulich erst loben hören. Dort arbeiten alle zusammen, ob sie aus England, Irland oder aus Deutschland kommen. Sie sorgen nicht bloß für religiöse Bedürfnisse, sondern namentlich auch für wirtschaftliche. Gerade hierfür steht ein starkes Material zur Verfügung. Sie haben hier geradezu eine unermüdliche Tätigkeit entfaltet. Die Gegnerschaft der 40 Millionen der evangelischen Bevölkerung gegen die Zulassung der Jesuiten kann ich wirklich nicht verstehen.

Ich frage alle ernstdenkenden Christen nicht katholischer Konfession, welches Interesse sie daran haben können, daß eine große Zahl der Katholiken vom Glauben abfällt. Glauben Sie etwa, daß sie glaubensstarke Elemente evangelischer Konfession sein werden? (Sehr richtig! im Zentr.) Die Anschauungen, die man in evangelischen Kreisen über die Tätigkeit der Jesuiten hat, sind durchaus unrichtig und beruhen auf unwahren Vorstellungen. Der Antrag Ablaß kann nach unserer Meinung in diesem Hause nicht erledigt werden, da er Fragen berührt, die mit den Einzelstaaten zu vereinbaren sind. Die Tragweite des Antrages läßt sich gar nicht übersehen, es wäre nur möglich, mit einiger Detailkenntnis der einzelstaatlichen Gesetzgebung, namentlich, wie weit die Reichsgesetzgebung in diese Gesetzgebung der Einzelstaaten eingreift. Hier handelt es sich aber um eine Frage der Reichsgesetzgebung, sie kann hier nicht mit der Landesgesetzgebung in der Art verbunden werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.):

Herr von Hertling, der der ganzen Jesuitenfrage eine ganz unnötige Verschärfung gegeben hat, beruft sich darauf, er habe nur eine Erbschaft seines Vorgängers angetreten. Nun, jede Erbschaft muß man doch nicht antreten. Herr von Hertling hätte z. B. sicher eine Vorlage über die Feuerbestattung gewiß nicht übernommen. Minister von Hertling hat uns Sozialdemokraten unter ein Ausnahmerecht gestellt. Ein Minister, der ein bestehendes Gesetz einfach hinweginterpretieren will, kann nicht gegen uns Sozialdemokraten die Autorität des Staates in Anwendung bringen. Die Ministertätigkeit des Herrn von Hertling ist eine Kette fortgesetzter Blamagen. Mit Recht kann man ihm zurufen: Si tacuisses, philosophus manuisses. Für die Aufrechterhaltung des Jesuitengesetzes ist heute kein Grund mehr vorhanden. Bei der Begründung der Notwendigkeit des Jesuitengesetzes werden allerdings genau die Argumente angeführt, mit denen uns das Zentrum bekämpft. Es zeigt sich die Wahrheit des Spruches: Womit man sündigt, wird man bestraft. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Das Jesuitengesetz ist ein Ausnahmegesetz, das nicht die Tat, sondern die Gesinnung bestraft. Schon deshalb muß es aufgehoben werden. Noch nie ist ein Jesuit wegen hochverräterischer Taten bestraft worden — ebensowenig wie kein Sozialdemokrat in den letzten Jahrzehnten wegen einer revolutionären Tat bestraft wurde. Die Gesinnung aber dürfen wir nicht bestrafen. Die Jesuiten sind im Laufe der Zeit ganz andere geworden als ihre Vorgänger. Wollten wir sie jetzt für Taten ihrer Vorgänger bestrafen, so müßte man mit demselben Recht die Nachkommen der Raubritter bestrafen. Wir meinen, daß unsere Strafgesetze ausreichen für die Jesuiten, die sich eine strafbare Handlung zuschulden kommen lassen. Das Zentrum meint, die Jesuiten folgen nur den Geboten der katholischen Kirche. Danach sind alle Herren vom Zentrum Jesuiten. (Heiterkeit.) Logischerweise müßte der Staat entweder das Jesuitengesetz aufheben oder ein Ausnahmegesetz gegen die ganze katholische Kirche erlassen. Wenn der Reichskanzler behauptet, 40 Millionen Protestanten seien gegen die Jesuiten, so vergißt er die 15 Millionen Sozialdemokraten, die für Aufhebung des Jesuitengesetzes sind. Wir leugnen auch, daß ein große Erregung im deutschen Volk über die Jesuitenfrage herrscht.

Unser Volk regt sich über ganz andere Dinge auf. In einem Rechtsstaat darf keine konfessionelle Mehrheit die Gesinnung konfessioneller Minderheiten mit Füßen treten. Wir halten den Jesuitenorden für eine Kampforganisation. Aber auch der Evangelische Bund ist keine Gesellschaft von Friedensfreunden. Der Staat aber muß jedenfalls die Neutralität wahren. Wir wissen, daß Katholiken und Evangelische niemals unter dem Kreuz zusammenkommen. Deshalb ist der Ruf nach Sammlung aller Gläubigen eine der unehrlichsten Kampfeswesen, die diktiert ist von der Furcht vor der Sozialdemokratie. Wir erkennen dankbar an, daß das Zentrum 1878 gegen das Sozialistengesetz gestimmt hat. Aber schon 1889 war ein Teil des Zentrums für Verlängerung des Sozialistengesetzes. Und Herr v. Hertling sprach von dem „Schlagwort" des Ausnahmegesetzes. (Hört! Hört!) Dem Zentrum ist es mit seinem Kampfe gegen Ausnahmegesetze nicht recht. (Sehr wahr!) Es hat immer so viel Leute abkommandiert, daß das Sozialistengesetz immer noch gerade durchging. (Sehr richtig!)

Und das klassische Land der politischen Unterdrückung, des politischen Denunziantentums ist doch Bayern. (Sehr richtig!) Man wirft den Jesuiten vor, daß sie eine internationale Gesellschaft sei. Aber gegen den Internationalismus uns zu wenden, haben wir keine Veranlassung. Dort sitzt die rote Internationale, dort die goldene Internationale, dort die schwarze Internationale. (Stürmische Heiterkeit. Zuruf rechts: Wo bleiben wir?) Sie sind eine besondere Sorte, die gedeiht nur in Oitelbien! (Heiterkeit.) Die Jesuiten sollen Revolutionäre sein? Aber dem hochverräterischen, revolutionären Radikalen und Verbrecher Yorck hat die Geschichte keinen Galgen, sondern ein Denkmal errichtet. Nicht mit Ausnahmegesetzen, nicht mit roher Gewalt, kommt man hier vorwärts, es steht Weltanschauung gegen Weltanschauung. Die Liberalen würden gut tun, dem Zentrum dieses Agitationsmittel zu nehmen. Wir Sozialdemokraten wollen keinen Klerikalismus, keinen Jesuitismus und kein Zentrum. Nicht aus Freundschaft für das Zentrum, sondern aus ehrlichem Haß gegen jedes Ausnahmegesetz stimmen wir für die Aufhebung des Jesuitengesetzes. Wir haben die Lehren des Sozialistengesetzes noch nicht vergessen.

Das Zentrum hat allerdings anscheinend jene Zeiten vergessen, wo man seine Anhänger als Staatsbürger zweiter Klasse behandelte, wie jetzt die Sozialdemokraten. Man ruft jetzt die Jesuiten herbei, um die Sozialdemokraten zu bekehren. Das wird die schwerste Mission sein, die die Jesuiten jemals gehabt haben. Wir fürchten die Jesuiten nicht. Wir haben dem Zentrum die Bischofssitze Metz, Straßburg und Köln abgenommen.

Abg. Dr. Junck (Natl.):

Die Tatsache, daß sich eine so große Mehrheit für die Aufhebung des Jesuitengesetzes in zweiter Lesung zusammenfinden wird, ist für uns das Wichtigste dieser Erscheinung. Noch wichtiger als die Frage selbst. Diese Parteien finden sich nicht zum positiven Schaffen zusammen — das wäre wohl unmöglich —, aber zur Verneinung, zu einer negativen Politik. Im übrigen erinnere ich daran, wie unnatürlich die Position des Zentrums ist bei dieser Koalition, wo es bei der Budgetdebatte hieß, daß das Zentrum sein Verhalten einrichten würde entsprechend der Stellungnahme des Kanzlers.

Ich erinnere an die Erklärung des Dr. Bell von seiner tiefen Erbitterung gegenüber dem Kanzler und erinnere an so manche Abstimmungen der letzten Tage, die eigentlich eine Verstimmung auf der anderen Seite hätten hervorrufen sollen. Da fühlt man die Absicht, man ist verstimmt. Unter diesen Umständen, wo die ganze politische Situation ganz markant ist, müssen wir es doch bedauern, daß weder der Reichskanzler noch einer seiner Stellvertreter an unserer Beratung teilnehmen zu wollen scheint. Wenn er das in der zweiten Lesung nachholt, so will ich gern diese Bemerkung zurücknehmen. Ich sage das nicht, weil wir für unsere Meinung der Unterstützung der Reichsregierung bedürfen. Es ist doch für weite Kreise des Volkes durchaus verletzend, daß der führende Staatsmann in dieser schweren Zeit ein Wort sich versagen muß. Da eine aktive Politik der verbündeten Regierungen durchkreuzt wird durch die Abwehrmehrheit, wäre es wohl am Platze gewesen, die übliche Zurückhaltung gegenüber Initiativanträgen zurückzustellen, besonders, da eine Unklarheit über das Schicksal dieses Initiativantrages nicht bestanden hat. Der Reichskanzler wäre also besser hier erschienen und hätte seine Meinung über die politische Situation nicht zurückhalten sollen. Denn wir müssen jetzt eine aktive positive Reichspolitik treiben. (Lachen im Zentr.)

Die Angelegenheit ist tatsächlich schon oft von allen Parteien hier besprochen worden, und im abgekürzten Verfahren könnten die früher gehaltenen Reden hier verlesen werden. Aber es sind diesmal doch einige neue Nuancen hervorgetreten. Die neue Nuance war der Versuch Hertlings, das Reichsgesetz durch eine zeitgemäße Auslegung aus der Welt zu schaffen. Der Versuch ist allerdings gescheitert. Es ist nachher gesagt worden, er sei außerordentlich loyal verfahren, indem er diese Auslegung der Interpretation des Bundesrates unterbreitet hat. Ich kann das nicht loyal finden, ich sehe keinen Anlaß, ein Lob auszusprechen, wenn jemand die einfache Gehorsamspflicht erfüllt, die er dem Reiche schuldig ist. Eine neue Nuance war ferner die Erklärung des Grafen Praschma im Abgeordnetenhause, daß die Moral der Jesuiten die Moral der katholischen Kirche sei. (Lachen im Zentrum.) Sie ist heute ergänzt worden durch Dr. Spahn, der der Moral der Jesuiten volles Lob zollte. Und noch eine neue Nuance war die Bemerkung Dr Spahns, daß über dem geltenden Gesetz die Gerechtigkeit stehe. An sich ist die Ansicht nicht neu, wir finden sie schon im Mittelalter. Wir sind aber im Gegenteil der Ansicht, daß dem Gesetz, solange es besteht, Achtung geschuldet wird. Und das Jesuitengesetz besteht noch!

In diesem Zusammenhang war es doch neu, daß das Naturrecht über das Gesetz des Staates gestellt wird. Ich handle im Sinne meiner Freunde, wenn ich zur Sache mich ganz kurz äußere. Wir haben keinen Anlaß, die Temperatur der Volksseele, an der Ihnen ja doch nur gelegen ist, durch Wiederholung von Einwendungen wieder herstellen zu helfen. Wir erklären einfach: Die Aufhebung des Jesuitengesetzes ist für uns schlechthin unannehmbar. (Zuruf im Zentrum: Natürlich! — Gelächter.) Wir lehnen es ab, als ob wir in den Jesuiten auch die katholische Religion bekämpfen. Diese Insinuation ist eine objektive Fälschung. Wir kennen wohl das Wort: sint ut sunt, aut non sint. Wir wissen, daß die Stellung der katholischen Volksgenossen gegenüber den Jesuiten anders geworden ist, so hat sich z. B. 1872 Windthorst anders ausgesprochen. Die Stellung des gesamten katholischen Volkes ist anders geworden, wie wir aus den früheren Aeußerungen katholischer Politiker und Säkulargeistlicher wissen. Wir wollen gar nicht nach dem Grundsatz: divide et impera handeln. Wir überlassen das Urteil über die Jesuiten und ihre Moral diesen Stimmen aus dem katholischen Lager. Heute sind sie vielfach verstummt, oder besser gesagt, zum Schweigen gebracht worden, aber es bleibt in weiten Kreisen des deutschen Volkes, namentlich des evangelischen, eine Beärkrung, die man noch nicht als Angst vor den Jesuiten bezeichnen kann, nämlich daß die Zurückrufung der Jesuiten den Frieden unter den Konfessionen, den wir aus tiefer Seele wünschen, schaden müsse. (Lachen im Zentrum.)

Der Kanzler hat mit Recht davon gesprochen, daß die Möglichkeit einer Wiederkehr der religiösen Kämpfe gegeben sei. Der Orden Jesu gilt für uns als der Anwalt jener Bestrebungen der römischen Kurie, das Gesetz der Kirche über das des Staates zu stellen. (Lachen im Zentrum.) Dieser Anspruch ist oftmals zurückgestellt, aber niemals ganz aufgegeben worden, er ist immer wieder angewendet worden, wenn die Kurie darauf zurückzugreifen glaubte. Deswegen können wir zu einer Aufhebung des Gesetzes die Hand nicht bieten. Wir wollen die Leidenschaften und Gegensätze nicht verschärfen, aber in einer Zeit, wo der Papst seine Enzykliken veröffentlicht über den Modernisteneid, die christlichen Gewerkschaften und damit diese alten Ansprüche wieder anmeldet, müssen wir doch sehr bedauern, daß von dieser Stelle (der Redner weist auf den Platz des Reichskanzlers) diesen Ansprüchen nicht die nötige Antwort erteilt worden ist. (Zuruf im Zentrum: Unnötig!) Das hätte deutlich und unzweideutig geschehen müssen. In einer Stunde wie die gegenwärtige, wo ein Mann namens Gröber in Konstanz die Jesuiten als das Garderegiment der Kurie bezeichnete, wäre ein solcher Schritt erst recht geboten gewesen. Wir müssen dieser Auffassung mit aller Entschiedenheit hier Ausdruck geben.

Wenn heute im Reichstag der Initiativantrag des Zentrums angenommen wird, dann wünschen wir, daß der Bundesrat sich bald mit Ja oder Nein darüber entschließen möge. Wir halten es nicht für richtig, daß wie im Jahre 1899 der Beschluß des Reichstags über das Jesuitengesetz in Schwebe gehalten wird und die Entschließung des Bundesrats erst viel später erfolgt. Wir sind der Meinung, daß der Bundesrat bald klare und deutliche Stellung nehmen muß. Wir sprechen dem Reichskanzler den Wunsch aus, daß er den Reichstag gerade in der jetzigen Situation, wo er ihn bald vor die großen nationalen Entschließungen stellen wird, die Vermehrung unserer Wehrkraft, (Lachen im Zentr. und bei den Soz.) und die Aufbringung der Mittel in gerechter und nationaler Weise — wie sprechen den Wunsch aus, daß die Erledigung dieser großen nationalen Aufgabe nicht leiden möge unter der Behandlung des Jesuitengesetzes. (Gelächter und Beifall).

Abg. Graf Kanitz (Kons.)

gibt namens der Konservativen folgende Erklärung ab: Unsere Stellung zum Jesuitengesetz ist vollkommen frei von kulturkämpferischen Bestrebungen. Wie ich das schon öfters gesagt habe und nur wiederholen kann, liegt uns jede Unfreundlichkeit gegen die katholische Konfession ganz fern. Ich bin der Meinung, daß die auf dem Boden des Bekenntnisses stehenden Teile der evangelischen wie der katholischen Bevölkerung durch nahe Berührungspunkte miteinander verbunden sind und gerade in der Gegenwart allen Anlaß haben. Wie der Herr Reichskanzler erklärt hat, sind wir nicht gewillt, evangelische Interessen preiszugeben. Gerade weil wir den konfessionellen Frieden wollen, müssen wir auf die Ueberzeugung Rücksicht nehmen, die in der evangelischen Bevölkerung durch Erfahrungen tief eingebürgert ist. Solange dieser Besorgnis nicht genügend Rechnung getragen ist, werden wir Anträgen, wie der vorliegende, auf Aufhebung des Jesuitengesetzes nicht zustimmen. (Beifall. Von den Sozialdemokraten wird gerufen: Bundesbrüder!)

Abg. Müller-Meiningen (Vp.):

Ich habe namens meiner politischen Freunde folgende Erklärung abzugeben: Die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei erkennt an, daß der Wortlaut des § 1 des Jesuitengesetzes der erwünschten Klarheit entbehrt, und daß diese Unklarheit auch durch die Auslegung des Bundesrates nicht beseitigt worden ist. Ein kleiner Teil meiner politischen Freunde wird für die Aufhebung des Jesuitengesetzes deshalb stimmen, weil er es als Ausnahmegesetz betrachtet und die Anschauung vertritt, daß die Aufrechterhaltung des Gesetzes bei der ihm gegebenen Auslegung ohne praktische Bedeutung sei. Die große Mehrheit meiner Fraktion lehnt dagegen die Aufhebung des § 1 des Gesetzes ab. Der Charakter des Jesuiten- als Ausnahmegesetzes wird verneint in der Erwägung, daß die Regelung der gesetzlichen Beziehungen zwischen Staat und Kirche auch sonst zu individualisierend r Behandlung zwingt.

Die überwiegende Mehrheit meiner Freunde befürchtet von der Aufhebung des Gesetzes eine Störung des konfessionellen Friedens (Sehr richtig! bei den Vp., Lachen im Zentrum.) und sieht sich in dieser Auffassung bestärkt durch die sonstigen zahlreichen Versuche in der letzten Zeit, die Grenze zwischen staatlicher und kirchlicher Autorität zugunsten der letzteren zu verschieben. Sie betrachtet den Orden Jesu nach seiner Satzung, nach seiner Entwicklung und nach seiner fast vierhundertjährigen Tätigkeit als eine Organisation zur Bekämpfung Andersgläubiger. Sie besorgt von der ihm vorgeschriebenen Tätigkeit auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung eine schwere Schädigung unserer Jugend und erblickt in dem von der Ordenssatzung geforderten unbedingten Gehorsam gegen Obere eine schwere Gefahr für den Staat. (Sehr richtig! bei den Vp.)

Sie verschließt sich der Einsicht nicht, daß die Aufhebung des Jesuitengesetzes dem Orden durch die Gewährung des Schutzes des § 166 Reichsstrafgesetzbuches geradezu eine privilegierte und bei seinen Tendenzen besonders bedenkliche Stellung verleihen würde. Sie befürchtet endlich, daß die durch die Aufhebung des Reichsgesetzes bedingte Verpflanzung des Kampfes in die Einzelstaaten nicht zu einer Abschwächung, sondern zu einer Verschärfung führen würde. Denn darüber besteht bei meinen Freunden volle Uebereinstimmung, daß auch nach etwaiger Aufhebung des Jesuitengesetzes die Zuständigkeit der Einzelstaaten zur Regelung der Verhältnisse des Ordens aufrecht erhalten bleibt. Wir haben einen die Feststellung dieses Rechtszustandes bezweckend n Antrag eingebracht, um jeden Zweifel auszuschließen, und um dessen Annahme wir das ganze Haus bitten. (Lebh. Beifall links.)

Abg. v. Morawski (Pole)

bedauert ebenfalls, daß der Reichskanzler bei dieser wichtigen Frage nicht anwesend ist.

Abg. Dr. Mertin-Oels (Rp.):

Wir bedauern, daß wir, diese Debatte zu einer Zeit haben mußten, in der es gilt, alle Teile unseres Volkes gegen die Feinde von innen und außen zusammenzuschließen. Wir werden gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes stimmen. In keinem Lande der Welt geht es den Katholiken so gut wie in Deutschland. Man bezeichnet das Jesuitengesetz immer als Ausnahmegesetz, vergißt dabei aber, daß es auch ein Ausnahmegesetz gibt, welches das Zentrum nur ungern missen würde: die Befreiung der Geistlichen vom Militärdienst. Die evangelischen Geistlichen haben bekanntlich auf dieses Vorrecht verzichtet. Will man ein günstiges Ausnahmegesetz, muß man auch ein ungünstiges in Kauf nehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130220011/fragment/page=0003

Abg. Graf Oppersdorff (b. k. Fr.):

Der Jesuit ist in erster Linie Katholik und dann erst Mitglied seines Ordens. Weiter muß man die Person des Jesuiten von seiner hilfspriesterlichen Tätigkeit unterscheiden. Der Reichskanzler hat gesagt, eine geschichtliche Tatsache sei es, daß sich das evangelische Volk von jeher gegen die Jesuiten gewandt habe mit Rücksicht auf die Erfahrungen der Geschichte. Man darf die Jesuiten von heute nicht für die Jesuiten vergangener Zeiten verantwortlich machen. Heute vor etwas mehr als hundert Jahren zog Napoleon durch das Brandenburger Tor ein, und 7 preußische Minister zogen es vor, anstatt sich hängen zu lassen, ihm zu huldigen. Wollen wir dafür etwa unsere heutigen Minister und Staatssekretäre verantwortlich machen? In England und Holland, gewiß gut protestantischen Ländern, kennt man den Jesuitenkoller nicht, der nur eine Folge unseres ganzen Schulunterrichts bis in die Universitäten hinauf mit all seinen Geschichtsligen ist. Die Ausführungen des Grafen Praschma im Abgeordnetenhause kann jeder Katholik unterschreiben.

Abg. Mumm (Wirtsch. Vgg.)

spricht über das Verhältnis von Staat und Kirche. Der sozialdemokratische Redner behauptete, die Gläubigen werden sich niemals unter dem Kreuze zusammenschließen. Ich schließe in der Passionszeit mit dem Wunsche, daß das doch einmal geschehen möge.

Abg. Dr. Haegy (Els.):

Der Jesuitenorden ist nur ein bescheidener Ast am Baum des katholischen Kirchenlebens. Die Zulassung der Jesuiten würde — das möchte ich den Herren von der Rechten sagen — den preußischen Staat sicher nicht so erschüttern als es die Agitation gegen das Dreiklassenwahlrecht tut. Ebensowenig wie wir gegen den Evangelischen Bund ein Ausnahmegesetz verlangen, dürfen Sie das Ausnahmegesetz gegen die Jesuiten aufrechterhalten. Die Jesuiten haben sich in Elsaß-Lothringen ein untergängliches Denkmal gesetzt in den Herzen des Volkes. Deshalb stimmen wir dem Antrag des Zentrums zu.

Damit schließt die erste Lesung und es folgt sogleich die zweite Lesung.

Abg. Dr. Erdmann (Soz.):

wendet sich gegen den Antrag der Volkspartei, weil auch in den Einzelstaaten Ausnahmegesetze nicht aufrecht erhalten werden sollen. Dr. Junck hat uns negative Politik vorgeworfen. Eine positive Politik, wie sie Herr Junck meint und die zur Lebensmittelverteuerung führt, machen wir allerdings nicht mit. Die Nationalliberalen würden dem Volkswohl besser dienen, wenn sie unsere Politik mitmachen würden. Das Zentrum, das 15 Jahre lang regierende Partei war, hätte seine geliebten Jesuiten längst, wenn es dieselbe Energie darauf verwendet hätte, mit der es die Erbschaftssteuer bekämpft hat. Nicht um des Zentrums willen stimmen wir für die Aufhebung des Jesuitengesetzes, sondern weil es ein Ausnahmegesetz ist.

Eine Wortmeldung erfolgt nicht mehr. § 1 des Zentrumsantrags wird angenommen. Mit dem Zentrum stimmen die Polen, Sozialdemokraten und der Abg. v. Payer von der Volkspartei.

Bei § 2 begründet

Abg. Müller-Meiningen (Vp.)

den Antrag seiner Fraktion, wonach die landesrechtlichen Vorschriften über den Orden der Gesellschaft Jesu unberührt bleiben. Diesen Antrag hat die Volkspartei ergänzt durch den Zusatz: „soweit sie nicht mit den reichsgesetzlichen Bestimmungen im Widerspruch stehen". Dr. Müller macht auf die Erklärung der württembergischen Regierung aufmerksam. Wir hätten gern, daß auch die anderen Bundesregierungen sich über ihre Stellung zu diesem Punkte aussprechen würden; dann würde ich ohne weiteres den Antrag zurückziehen. Wir möchten aber auch gern vom Zentrum hören, wie es dazu steht; auch diese Erklärung, daß die landesrechtlichen Vorschriften, soweit sie nicht mit dem Reichsgesetz im Widerspruch stehen, unberührt bleiben, würde mir genügen.

Abg. Graf Westarp (Kons.):

Wir werden dem Antrag nicht zustimmen. Er ist in seinen Folgerungen nicht recht klar zu übersehen. Soweit er zu verstehen ist, scheint er etwas Selbstverständliches zu sein; natürlich sind wir für Aufrechterhaltung des Landesrechts, wo es mit dem Reichsrecht nicht in Kollision gerät.

Abg. Schulz (Np.):

Auch wir lehnen den Antrag ab, weil wir fürchten, daß er vielleicht das Gegenteil dessen herbeiführt, was beabsichtigt wird. Mindestens ist eine Unklarheit in dem Antrag. Das Zentrum würde mit Recht behaupten: Im Reichsgesetz steht, das Jesuitengesetz wird aufgehoben; es darf in keinem Lande der Jesuitenorden gehindert werden; das wäre ein Widerspruch mit dieser Bestimmung.

Abg. Gröber (Zentr.):

Der Antrag Ablaß enthält etwas Richtiges — oder Selbstverständliches, oder etwas Unrichtiges — und dann lehnen wir ihn ab. Es gibt zwei Möglichkeiten. Erstens: die landesrechtlichen Bestimmungen sind durch das Jesuitengesetz formell aufgehoben worden, dann treten sie durch die Aufhebung des Jesuitengesetzes nicht von selbst wieder in Kraft. Zweitens: die landesrechtlichen Vorschriften sind nur suspendiert, dann treten sie von selbst wieder in Kraft. (Kraus: Über soll das entscheiden?) Die Gerichte! (Zuruf: Nein, wir!) Wir dürfen im Reichstag nicht eine besondere Genehmigung über allen möglichen landesrechtlichen Plunder aussprechen. Wir bieten nicht die Hand zum Ausnahmegesetzen in den einzelnen Ländern im Reichstag noch extra auf die Beine zu helfen. (Beifall.) Darum sind wir gegen diesen Antrag der Fortschrittspartei. (Beifall und Lachen.)

Abg. Dr. Junck (Natl.):

Wenn das Reichsgesetz beseitigt ist, so sind die landesrechtlichen Bestimmungen damit nicht beseitigt. Der Antrag ist eigentlich etwas selbstverständliches. Wir werden aber für den Antrag stimmen, weil wir seine Tendenz billigen, und weil wir unsererseits die Hand bieten wollen, um diese immerhin zweifelhafte Sache zu klären. Ob seine Fassung gerade günstig ist, mag dahingestellt bleiben.

Abg. Müller-Meiningen (Vp.):

Wir würden den Antrag gern zurückziehen, wenn die Mehrheitsparteien diese Selbstverständlichkeit auch ihrerseits anerkennen würden. Aber gerade dieses Herumdrücken des Herrn Gröber ist so verdächtig.

§ 2 wird angenommen, der Antrag Ablaß wird gegen die Liberalen abgelehnt. § 3 wird ohne Aussprache angenommen. Damit ist die zweite Lesung erledigt. Auf Antrag Spahn (Zentr.) wird das Gesetz dann in dritter Lesung ohne Aussprache angenommen. Dafür stimmen mit dem Zentrum die Sozialdemokraten, die Polen und Elsässer, der Däne Haussen und die Fortschrittler Payer, Kerschensteiner und Braband.

Donnerstag 1 Uhr: namentliche Abstimmung über die Ostmarkenzulage und Postetat.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 20. Februar.

„Der Menschheit Liebeszauber aus allen Zeiten".

Der Vorstand des Volksbildungsvereins Halle a. S. schreibt uns: Da sich erst sehr spät herausgestellt hatte, daß die Bühne des großen Thaliasaales für die Aufführung der Oper „Die Zauberflöte" nicht ausreichte, der Vorstand aber auf Darbietung von Bruchstücken aus verschiedenen Opern verzichtete, so war die Ausfüllung der beiden Abende am 25. und 26. Februar durch andere Veranstaltungen notwendig. Wir bieten einen geschlossenen Abend unter der Ueberschrift: „Der Menschheit Liebeszauber aus allen Zeiten". Als Rezitatorin ist Frau Max Wundtke-Dresden gewonnen.

Adolf Sommerfeld-Rom schreibt diesem Programme zum Geleit:

„Als Eva aus Adams Rippe zum Leben erwachte, naschte sie, neugierig wie Frauen sind, vom Baume der Erkenntnis, wofür sie samt ihrem Gatten aus dem Paradies verwiesen wurde.

Aber unsere Urahne Eva hatte nicht umsonst von der Frucht dieses Baumes gekostet, denn sie schuf uns Menschen als Ersatz für das verloren gegangene Paradies ein anderes irdisches Paradies, einen immerblühenden Garten, in dem die Liebesknospen glühend farbig sprießen und der starken Hand des Gärtners harren, der sie pflücken und uns Herz drücken soll.

Jahrtausende sind über die Erde hinweggebraust, mächtige Reiche wurden vom Sturm der Zeit vernichtet — immer neue Geschlechter wuchsen aus der endlosen Schar der Gräber hervor — Völker entstanden und vergingen im steten Werden und Versinken — nichts bestand und nichts wird bestehen, nur Evas Reich ist uns geblieben, wie es ewig war und ewig sein wird — — die Liebe — — —

Dieses Liebesempfinden und Liebesschmachten, diese verlangende und befriedigende Sehnsucht, wie sie berufene Dichter der Vergangenheit und Gegenwart besungen, wird Frau M. Wundtke, eine ebenso berufene Rezitatorin, wie ein lebendes Echo aus Dichtermunde zum Vortrag bringen.

Und wenn wir ihrer sonoren Stimme lauschen, und uns — von der Macht ihrer Leidenschaft und von ihrer seelischen Ueberzeugungskraft ganz hingerissen — in alle diese vor unser geistiges Auge gezauberten Bilder vertiefen und mit den Menschen fühlen und jubeln, die im Reiche der Liebe gelitten und gesiegt, dann wollen wir auch anbetungsvoll unsere Blicke auf alle Töchter jener Eva richten, die uns Menschen ein irdisches Paradies geschaffen, — — als sie vom Baume der Erkenntnis genossen."

Kinder-, Liebes- und Minnelieder zur Laute werden dem Programm noch eine besondere Umrahmung geben. Dieselben werden vorgetragen von Fräulein Etelka Weinhold-Leipzig, welcher als Konzert-Lautensängerin ein besonders guter Ruf vorausgeht.

Die städtischen Anlagen beim Gimritzer Gutsgarten werden zurzeit nicht unwesentlich vergrößert. Von letzterem wird etwa ein Morgen Land mit schönem gesunden Baumbestand abgetrennt, wozu schon ein neuer Drahtzaun gezogen ist, an dem ein neuer Radfahrerweg entlang führen wird. Der alte Holzzaun fällt weg. Der große Gimritzer Gutsgart mit dem Milchgarten, die schöne Saalelandschaft mit dem Hafen und Wehr treten dann mehr in den Vordergrund.

Die Sektion Halle a. S. des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins, E. V., hat Versammlung am Montag, den 24. Febr., abends 8½ Uhr, im Restaurant „Tulpe", Alte Promenade 5. Herr Dr. med. Kuhn spricht über „Die Einwirkung des Höhenklimas auf den Menschen" (mit Lichtbildern). Nach dem Vortrag geselliges Zusammensein in den Räumen der „Tulpe".

Unfall. Der Arbeiter Fuchs war am Güterbahnhof damit beschäftigt, Heu aufzuladen. Dabei kam er so unglücklich zu Falle, daß er sich das linke Bein verstauchte und eine klaffende Wunde am Hinterkopf zuzog.

Theater und Musik.

Bühnenchronik.

Wie aus Christiania gemeldet wird, ist das neue Stück von Björn Björnson „Die Sonne scheint ja" vom „National- und Centraltheater" zur Aufführung angenommen worden; ein Erfolg, bei dem Dichter eine besondere Freude bereitet hat. Im Herbst wird das Schauspiel auch in Stockholm und Kopenhagen gegeben werden und viele deutsche Bühnenleiter denken gleichfalls daran, es zu erwerben. Nach Björnsons eigenem Urteil ist das Stück gut und durchaus nicht sentimental, trotz dem vielversprechenden Titel. Es behandelt allerlei Eheirrungen und Familienpsyche, die jedoch einen vergnügten Abschluß finden. Den Mittelpunkt des Schauspiels bildet eine viel umworbene Frau, die zuerst mit einem norwegisch-amerikanischen Ingenieur verlobt war, jedoch später einen Großhändler aus der Holzbranche geheiratet hat, und die daneben über einen jungen Musiker als Verehrer verfügt. Das Stück spielt in Bergen, und zwar bei Regenwetter. Als Björnson es schrieb, hatte er noch die besondere Sorge, ob auch die Eisenbahn nach Bergen rechtzeitig fertiggestellt würde. Die erste Szene beginnt nämlich mit der Abfahrt des Nachtzuges, und wenn die Linie bis zur Premiere noch gar nicht in Betrieb gewesen wäre, hätte sich der Dichter in einer argen Verlegenheit befunden. Alle drei Akte spielen sich dann an einem Tage in einem Hotelzimmer ab. Björn Björnson scheint sich jetzt auf die dramatische Massenproduktion werfen zu wollen, da er, wie er selbst erzählt, die Tasche voll von fast ganz oder halbfertigen Stücken hat.

„Grüne Ostern", ein fünfaktiges Schauspiel aus dem Befreiungsjahr 1813 von Heinrich Lee, hat durch den Theaterverlag Eduard Bloch die Hoftheater Kassel, Meiningen, Wiesbaden, Oldenburg und die Stadttheater Bonn und Bromberg erworben. Für die Wiesbadener Festaufführung auf Befehl des Kaisers wird der Schweidnitzer Keller, das bekannte Breslauer Lokal, in einer naturgetreuen Dekoration hergestellt.

50 000 Dollar für die Leipziger Universität.

Newyork, 19. Februar. Will. Albert Seesel, der im Jahre 1911 gestorben ist, hat der Universität Leipzig 50 000 Dollar vermacht.

Kubelik erkrankt. Aus London wird telegraphisch gemeldet, daß der berühmte Geigenkünstler Kubelik seine sämtlichen dort laufenden Engagements gelöst hat. Er liegt schwer krank auf seiner Besitzung in Böhmen darnieder.

Ein Verdi-Denkmal in Petersburg. Zum 100. Geburtstag Verdis will man auch in Petersburg ein Denkmal für den Komponisten errichten. Es sind dafür bereits 350 000 Rubel vorhanden.

Eine Gedenktafel für Kreutzer. Die Gemeinde Meßkirch (Baden) wird dem aus diesem Orte gebürtigen Komponisten Konradin Kreutzer an seiner Grabstätte in Riga eine Gedenktafel mit seinem Bildnis errichten lassen. Die Ausführung ist dem Bildhauer Feist (Karlsruhe) übertragen worden.

Vermischtes.

Zu dem Morde in der St. Engelbertskirche in Mülheim a. R. erfahren wir ergänzend: Seit vorigen Sonntag halten sich in der weitverzweigten Stadt Mülheim eine große Anzahl Jesuitenpatres auf, davon fünf in der St. Engelbertspfarrei. Der erschossene Pater Petrus Wengeler S. J. soll der Leiter gewesen sein. Der Mörder ist der 40jährige holländische Arbeiter Weinand, der nach seiner Festnahme völlig irre Reden führte, woraus hervorging, daß er die Tat im Irrsinn verübt hat.

Drei Kinder verbrannt. In einem Hause in der Mulinsstraße zu Kiel sind Mittwoch vormittag drei Kinder im Alter von 1½ bis 6 Jahren in Abwesenheit der Eltern verbrannt. Durch den überheizten Ofen war zum Trocknen aufgehängte Wäsche in Brand geraten. Die infolge der Rauchentwickelung bewußtlos gewordenen Kinder wurden von den Flammen ergriffen.

Durch Gase verbrannt. In Hamburg, im Hause Neue Gröningerstraße 18—20, explodierte ein Säureballon. Die Säure floß in die darunter befindliche Etage, wo viele dort arbeitende Mädchen zum Teil schwer verbrannt oder durch Säuredämpfe an ihrer Gesundheit geschädigt wurden.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Ilmenau,
Mittwoch, 19. Februar, 8 Uhr morgens.

Witterungsaussicht für den 20. Februar:

Das etwas verflachte Hoch behauptete seine Lage und bedingt kaltes, trockenes Wetter für die nächste Zeit.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Meist heiter, trocken, Frost anhaltend, schwacher östlicher Wind.

Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.

(Nachdruck verboten.)

21. Februar: Kalt, wolkig, teils heiter.
22. Februar: Wenig verändert, Tags schön, windig.
23. Februar: Bewölkt, teils heiter, früh Frost.
24. Februar: Meist bedeckt, feuchtkalt, Niederschläge.
25. Februar: Nebel, meist trübe, kalt, Niederschläge.
26. Februar: Nebel, bewölkt, feuchtkalt, trübe.

Letzte Depeschen.

Wetterlés Nouvelliste freigesprochen.

Kolmar i. E., 19. Febr. Die Strafkammer des Landgerichts verhandelte heute als Offizialklage die Beleidigungsklage des Unterstaatssekretärs Mandel gegen das Wetterlésche Blatt „Le nouvelliste d'Alsace-Lorraine". Nach 2½stündiger Dauer wurde der angeklagte Redakteur Sidel vom „Nouvelliste" freigesprochen, da die Strafkammer im Gegensatz zur Anklage annahm, daß in den Ausführungen des „Nouvelliste", die Mandel als Mitarbeiter der „Rhein.-Westfälischen Zeitung" kennzeichnen sollten, Mandel gar nicht als Mitarbeiter zu erkennen sei.

Das Jubiläum der Romanow.

Petersburg, 19. Febr. Vom 6. bis zum 9. März werden aus Anlaß des 300jährigen Jubiläums des Hauses Romanow eine Reihe von Festlichkeiten stattfinden. Am 7. März vormittags werden der Kaiser und die Kaiserin im Winterpalais die Deputationen der verschiedenen Staaten und am Abend das diplomatische Korps empfangen. Die Dumakommission, die mit der Ausarbeitung eines Programms für die Beteiligung am Jubiläum des Hauses Romanow beauftragt ist, hat beschlossen, eine Anzahl gemeinnütziger Einrichtungen ins Leben zu rufen, einen besonderen Fonds für landwirtschaftliche Meliorationen zu errichten, ferner ein pädagogisches Institut mit Musteranstalten einer Kleinkinderschule, einer Primär-, einer Sekundärschule und eines Gymnasiums zu gründen, des weiteren in jedem Gouvernement und jeder Provinz ein Lehrerseminar zu errichten, und schließlich in Moskau ein Nationalmuseum zu begründen mit einer Ehrenkapelle für das Haus Romanow.

Vor Skutari.

Cetinje, 19. Febr. (Amtlich.) Die Beschießung von Skutari wird mit Erfolg fortgesetzt. Gegen den linken Flügel der Kolonne Martinowitsch, die das Dorf Zuoz besetzt hält, eröffneten von Brizza aus die Türken ein heftiges Artilleriefeuer. Die Montenegriner richteten darauf sofort ebenfalls ihre Geschütze auf Brizza und brachten das Feuer der Türken zum Schweigen. Auf den übrigen Punkten um Skutari ist alles ruhig. Die Montenegriner rüsten sich zum Sturmangriff.

Vermischte Drahtnachrichten.

Posen, 19. Febr. Abenteuerliche Phantasie hatten vier Steglitzer Gymnasiasten, Söhne gutsituierter Eltern, auf die Idee gebracht, nach dem Balkan zu reisen, um den Türken ihre „Hilfe" anzubieten. Am Sonntag machten sich die vier jugendlichen Ausreißer, die sich im Alter von 13 bis 14 Jahren befinden, auf den Weg. Ihre gesamte Barschaft bestand aus 60 Mark; Waffen hatten sie nicht. Die vier Freischärler wollten über Posen durch Rußland die Türkei zu erreichen versuchen. Auf einer kleinen Station bei Posen fielen sie Beamten auf, die sie festhielten. Die benachrichtigten Eltern holten dann ihre hoffnungsvollen Sprößlinge wieder zurück.

Rahnsdorf, 19. Febr. Die Rahnsdorfer Fischerinnung hat beschlossen, gegen die geplante Errichtung eines neuen Freibades am Müggelsee zu protestieren, weil das Bad nicht nur die Mitglieder in der Ausübung ihres Berufes behindere, sondern auch eine Vernichtung der Fischgelege zu befürchten sei.

Redaktions-Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für Ausland und letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Inseratenteil Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten —
einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130220011/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,
Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Provinzial-Nachrichten.

Der Schiffer-Ausstand.

Torgau, 19. Febr. Trotz des Streikausbruchs unter den Schiffsmannschaften haben die Vereinigten Elbe-Schiffahrtsgesellschaften eine beschränkte Wiederaufnahme der Expeditionen im Eilverkehr von Hamburg nach Sachsen und Böhmen ermöglicht. Die nächsten Abfahrten erfolgen, vorausgesetzt, daß keine Störungen durch Eis eintreten, bei reichlichem Güterangebot, am Donnerstag und Sonnabend dieser Woche.

Weißenfels, 19. Febr. (Ein deutscher Fliegeroffizier für die Türkei.) Der Pionierleutnant Walter Krey, Sohn des Direktors Krey der Riebeckschen Montanwerke auf Fabrik Webau, ist als Flieger-Offizier in türkische Dienste getreten. Er ist ein ausgezeichneter Pilot.

Naumburg, 19. Febr. (Seminardirektor Bode.) Dem zum Seminardirektor ernannten bisherigen Seminaroberlehrer Friedrich Bode hier wurde das Direktorat des Lehrerseminars in Reichenbach O.-L. verliehen.

Bennungen, 19. Febr. (Schafe für Deutsch-Südwestafrika.) Gestern ging ein größerer Transport Persianer Schafe von Oberamtmann Maigatter-Bennungen nach Onganjira, Deutsch-Südwestafrika, ab.

Stolberg i. H., 18. Febr. (Abiturientenexamen.) Das Zeugnis der Reifeprüfung erhielten von hier bis jetzt die 2 Abiturienten Walter Schattenberg am 5. Februar in Schulpforta und Gerhard Köhn am 15. Februar in Ilfeld. Beide wurden vom mündlichen Examen dispensiert.

Nordhausen, 19. Febr. (Ueber einen Doppelselbstmord) zweier Nordhäuser wird uns aus Hannover berichtet: In der Eilenriede wurden am Montag morgen die etwa 25 Jahre alten Walter Gruner und Paul Walter, den Ausweispapieren nach aus Nordhausen stammend, erschossen aufgefunden.

Aschersleben, 19. Febr. (Erhöhung des Schulgeldes für auswärtige Schüler.) Am Gymnasium und Lyzeum sollen von Ostern ab die auswärtigen Schüler und Schülerinnen gleich wie in anderen Städten ein um 30 Mark höheres Schulgeld als seither bezahlen. Mit diesem Beschlusse wird einem erst wieder in der letzten Stadtverordnetensitzung ausgesprochenen Wunsche Rechnung getragen. Von der Erhöhung werden diejenigen Schüler und Schülerinnen nicht betroffen, die hier in Pension sind. Die Erhöhung dürfte 2600 bis 3000 Mark jährlich ausmachen, womit man die Kosten für die Erweiterung des Gymnasialgebäudes zu verzinsen und amortisieren hofft.

(+) **Römhild,** 18. Febr. (Verschwunden.) Aus dem Nachbarorte Königshofen i. Gr. ist seit einigen Tagen der verheiratete Oekonom Heinrich Schmitt, der erst vor kurzer Zeit das sogenannte Walburgishaus käuflich erworben hat, verschwunden. Schmitt fuhr nach Römhild und erhob bei der dortigen Kasse sein ganzes Geld in Höhe von 15 000 Mark. Seitdem ist er spurlos verschwunden. Der Grund ist in Wechselsachen zu suchen. Blättermeldungen zufolge ließ sich Sch. darauf ein, für 10 000 bis 12 000 Mark Wechsel mit zu unterschreiben, und jetzt, da der Fälligkeitstag nahte, suchte er das Weite. Bedauerlicherweise bleibt nun die ganze Sache an einem Bekannten des Schmitt hängen, der auch den Wechsel mit unterzeichnete und so seine Gutmütigkeit schwer büßen muß. Damit nun auch die Komik nicht fehlt, hat Schmitt vor seiner Abreise am Hoftor eine Warnungstafel angebracht mit dem Vermerk „Bissiger Hund", um zu verhüten, daß die Gläubiger, deren es sehr viele sind, ihre verkauften Waren wieder abholen.

Braunschweig, 19. Febr. (Eine Einkaufszentrale deutscher Schneidermeister,) mit dem Sitze in Braunschweig, ist hier gegründet worden. Die Zentrale, die als eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht bestehen soll, wird am 1. April dieses Jahres ihren Geschäftsbetrieb eröffnen.

Weimar, 19. Febr. (Zum Vieselbacher Eisenbahnunglück.) Durch eine größere Anzahl von Streckenarbeitern ist in den letzten Tagen das durch das hiesige Eisenbahnunglück zerstörte Kreuzungsgleis wieder neu gelegt worden. Auch der Prellbock wurde wieder aufgerichtet. Während der ganzen Woche mußten die sämtlichen Schnell- und Personenzüge die Unfallstelle mit dem langsamsten Tempo befahren, da auch die übrigen Gleise einer eingehenden Prüfung unterzogen werden mußten.

Gerichtsverhandlungen.

§§ Wie ein Telegramm aus Beuthen meldet, verurteilte das Schwurgericht den 50jährigen Arbeiter Wojticzka aus Neuheiduck, der am 27. Januar seine Frau zu Tode mißhandelt hatte, zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 198,50, Diskonto 189, Deutsche Bank 254,50, Berliner Handelsgesellschaft 166,50, Dresdner Bank 155,25, Kommerz- und Diskontobank 114, Russische Anleihe von 1902 89,50, Türkenlose 156, Lombarden 23,62, Kanada 231,50, Baltimore 102,87, Laurahütte 174,12, Bochumer Guss 211,75, Gelsenkirchen 192,37, Harpener 190,37, Deutsch-Luxemburg 158,75, Phönix 254,87, A. E.-G. 232,37, Siemens & Halske 214,50, Hamburger Paketfahrt 149,25, Nordd. Lloyd 115,25, Aumetz-Friede 172,25, Hansa 291,25, South-West 125,25, Schantung 127,87, Schuckert 142,50, Orenstein & Koppel 201,62, Orientbahn 179. Tendenz: Ziemlich fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Akt.-Ges. für Verkehrswesen 3,75, Deutsche Schachtbau-Ges. 7, Adler-Fahrrad 5,50, Daimler-Motoren 5, Kappel Masch. 3,50, Bär & Stein 5, Hilgers 5, Vogtländer Masch. 7, Wanderer-Werke 4, Sinner Brauerei 4,50, Köhlmann Stärke 4, Delmenhorst Linoleum 5, Deutsche Waffenfabrik 6,50, Asphalt Jeserich ca. 9, Naphtha-Produkt.-Ges. 6,25, Kahla Porzellan 5, Rauchwaren Walter 3,50, Schalker Glas 4,75, Akkumulatorenfabrik 6,50, Chem. Werke Charlottenburg 5, Baroper Walzwerk 5, Karoline 3,50, Charlottenhütte 4, Geisweider 7, Warsteiner Gruben 5, Union chem. Fabrik 6, Breslauer Sprit 7, Spritbank Akt.-Ges. 9,50, Müller Speisefett 5, Reisholz Papier 7, Kölner Bergwerk 6, Konkordia Bergbau 6; niedriger: Hallesche Maschinen 7,50, Schlesische Zink 4.

Zum Kurszettel. Berlin, 19. Februar. 4% Badische Staats-Anleihe 08 09 unk. 18 98,40 bG. 4% Bayrische Staats-Anl. 99,80 G. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 96,50 G. 4% Schwarzburg-Sondershausen — — 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 86,10 G. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile — — 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 21,60 b. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 — —. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk 16 — —. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 — — 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 02 96,70 b. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 — — — 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 9-,00 G. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk 1918 —,—.—. 4% Thorner Stadt-Anl 1909 unk. 14 96,50 G. 4 proz Hessische Komm.-Obl. X-XII 99,20 G. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsche Solvay-Werke — —. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 101 60 b. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 03 98,30 bG. Vereinigte Lausitzer Glashütten 392,00 bG.

Londoner Börse vom 19. Febr. Es notierten: Engl. Konsols 74 37, Rio Tinto 71,75, Geduld 1,67, Goldfields 2,32. Steel com 62,75, Steel prefs. 110,75, Rand Mines 6,62, Anaconda 7,18. Eastrand 2,84, Chartered 1,25, Aurora West 0,53, Cinderella Cons 0,96, Johannesburg Goldfields 0,18, Van Ryn 3,81, Albus (Generals) 0,96, Rand Collieries 0,37, West Rand Consols 12/9, General Mining & Fin ,00, A. Görz & Co. 0,67, Modderfontein 12,01.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 19. Februar.

	Kauf	Verk.		Kauf	Verk.
Alexandershall	8600	8660	Hüpstedt	2100	3200
Bergmannssegen	470	5100	Johannashall	3800	4000
Beendorf	10	60	Justus-Aktien	91%	92%
Burbach	1250	1300	Kaiseroda	8500	8700
Buttlar	300	350	Krügershall	132%	134%
Carlsfund	5500	5800	Mariaglück	[illegible]	525
Carlsglück	1275	1325	Max	2900	3000
Fallersleben	875	1000	Neusollstedt	3000	3400
Felsenfest	1700	1800	Neustassfurt	11400	11600
Glückauf	18700	20000	Reichskrone	375	450
Günthershall	4650	4900	Richard	150	200
Hansa-Silberberg	5000	5200	Ronnenberg	110%	112%
Hedwig	500	550	Rothenberg	2400	2500
Heiligenmühle	535	585	Salzdetfurth	345%	348%
Heiligenroda	8600	8750	Teutonia	75%	80%
Heldburg	51	53	Walter	—	—
Heldrungen	775	850	Wilhelmine	1000	1200
Hertha-Neurungen	1500	1575	Wilhelmshall	810	830
Hohenfels	6400	6600	Wintershall	17500	18200
Hugo	8500	8900			

Greppiner Werke Akt.-Ges. Greppin. Der Aufsichtsrat beschloss, für 1912 die Abschreibungen auf ca. 102 000 Mk. (gegen ca. 75 000 Mk. i. V.) festzusetzen, eine Dividende von 11 Proz. (wie i. V.) vorzuschlagen sowie ca. 44 700 Mk. (ca. 8400 Mk.) vorzutragen. Der Vortrag ist höher als im Vorjahre bemessen worden, weil infolge Umbaues und Erneuerung eine vierwöchige Stillegung der Brikettfabrik im neuen Jahre erforderlich wird.

Kaliwerke Salzdetfurth Akt.-Ges. Für das abgelaufene Geschäftsjahr ist eine Dividende von 24 Proz. in Aussicht genommen; für 1911 wurde eine Dividende von 18 Proz. verteilt.

Vereinigte fränkische Schuhfabriken in Nürnberg. Einschliesslich Vortrag von 33 468 (33 619) Mk. beträgt der Gewinn pro 1912 822 682 (556 650) Mk. Nach Abschreibungen von 207 886 (139 926) Mk. und Rückstellungen für Talonsteuer und Unterstützungsfonds im Betrage von 45 000 (20 000) Mark werden 8 (7) Proz. Dividende vorgeschlagen. Auf neue Rechnung werden 82 979 Mk. vorgetragen.

Weitere Ermässigung der Kupferblechpreise. In Uebereinstimmung mit der rückläufigen Bewegung an dem Rohkupfermarkte hat das Kupferblechsyndikat in Kassel abermals den Kupferblechpreis herabgesetzt, und zwar um 6 Mk. auf 171 Mk.

Kontinentale Kautschuk- und Guttapercha Co. in Hannover. Der Aufsichtsrat beschloss, der Generalversammlung bei reichlichen Rückstellungen und Abschreibungen eine Dividende von wieder 45 Proz. auf die alten Aktien und 22½ Proz. auf die neuen Aktien zur Verteilung vorzuschlagen.

Konkurs Thalheim. Im Anschluss an unsere kürzlichen Mitteilungen über den Konkurs des Bankhauses Thalheim in Arnstadt teilt die Thüringische Kreditanstalt in Eisenach mit, dass sie an dem Zusammenbruch mit nur ungefähr 1200 Mk. beteiligt sei. Der Inhaber Thalheim habe der Thüringer Kreditanstalt erklärt, dass 90 Proz. in der Masse liegen sollen. Bezüglich der Verpflichtungen sei anzunehmen, dass diese nicht über 50 000 Mk. hinausgehen.

Landschaftliche Zentraldarlehnskasse für Deutschland (Raiffeisenbank) in Berlin. Der Abschluss ermöglicht wie im Vorjahre die Rückstellung der fälligen Jahresbeträge für die an der sogenannten Sanierungsaktion beteiligten Genossenschaften mit 185 000 Mk. und ausserdem satzungsmässige Zuweisungen an die Rücklage, sowie die Ausschüttung der höchsten zulässigen Dividende von 4 (3½) Proz.

Zwickauer Kammgarnspinnerei, Akt.-Ges. in Zwickau (Sa.). Laut Geschäftsbericht betrug nach 134 187 (139 254) Mk. Abschreibungen und einschliesslich 83 387 (60 128) Mk. Vortrag der Reingewinn 373 170 (371 327) Mk. zu folgender Verwendung: Aufsichtsrat 16 334 (17 940) Mk., wieder 15 Proz. Dividende gleich 270 000 Mk. und Vortrag 86 836 (83 387) Mk. Die Verwaltung berichtet, dass sich nach zunächst schleppendem Garnverkauf die Geschäftslage in dieser Hinsicht besserte, dass aber die Garnpreise der Aufwärtsbewegung der Rohstoffe nicht zu folgen vermochten. Dieses Missverhältnis sei im Berichtsjahre mehr als je zuvor zutage getreten. Die Bestände wuchsen auf 1.7 (1.19) Mill. Mk., die laufenden Verbindlichkeiten auf 0.83 (0.23) Millionen Mark an. An Aussenständen werden diesmal nur 0.95 (1.22) Mill. Mk. aufgeführt, was aber scheinbar nur auf den Wegfall des Bankguthabens (i. V. 0.4 Mill. Mk.) zurückzuführen ist, wenigstens wird dieses in der Vermögensrechnung nicht mehr ausgewiesen.

Im Konkurse der Zentral-Militär-Darlehenskasse für Lehrer, Akt.-Ges. zu Berlin, soll eine Abschlagsverteilung erfolgen. Es sind bei dieser Verteilung 1 124 276 Mk. nicht bevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen. Der zur Verteilung verfügbare Massebestand beträgt 115 000 Mk.

Handels- und Verkehrsbank in Hamburg. Der Aufsichtsrat schlägt wieder 8 Proz. Dividende vor und beantragt eine Kapitalserhöhung um ½ auf 2½ Mill. Mk.

Die Kammgarnspinnerei Meerane schlägt 8 Proz. Dividende auf die Stammaktien und 19 Proz. auf die Vorzugsaktien vor.

Insolvenz in der Möbelindustrie. Die alte Möbelfabrik O. Schwarz in Neukölln-Berlin hat ihre Zahlungen eingestellt. Es ist Grundbesitz vorhanden, der auf über 1 Mill. Mk. beziffert wird. Die Verbindlichkeiten werden einschliesslich Hypothekenschulden auf etwa 800 000 Mk. angegeben, die Warenschulden belaufen sich auf 180 000 Mk.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 19. Febr. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 194.00—198.00 ab Bahn u. frei Mühle. Roggen inländ. 167.00—168.00 ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussischer, posenscher und schlesischer fein 183—203, mittel 166—182, gering — —, russisch und Donau mittel — —, gering — — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, weisser Natal — —, amerik. mixed 154—157, runder 152.00—155.00 frei Wagen. Gerste, inländ Futtergerste, mittel und gering 156—163, gute 164.00—175.00, russische und Donau leichte — — —, schwere — — — ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 170—178, Taubenerbsen 179—195 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 24.00 28.00. Roggenmehl 0 und 1 20.80—23.20. Weizenkleie 11.80—11.80. Roggenkleie 11.50—12.00.

Pest, 19. Febr. Weizen per April 11.53 G., 11.54 B., Okt. 12.16 G., 12.17 B. Roggen per April 9.84 G., 9.85 B. Hafer per April 10.25 G., 10.26 B. Mais per Mai 7.69 G., 7.70 B, Juli 7.90 G., 7,91 B. Raps August 17.00 Tendenz Stetig.

Liverpool, 19. Febr. Stetig. Roter Winterweizen per März 7—6¼, per Mai 7—3¾. Mais März — —, La Plata Mai 5—0⅜.

Antwerpen, 19. Febr. Deutscher La Platazug, Kontrakt B per Febr. 6.12½, März 6.12½, April 6.05, Mai 6.02½, Juni 6.02½. Umsatz 160 000 kg. Tendenz: ruhig.

Zucker

Magdeburg, 19. Februar. Behpt. Febr. 9.72½, März 9.72½, April 9.80, Mai 9.92½, August 10.22½, Oktober-Dez. 9.95.

Hamburg, 19. Febr. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Februar	9.70	9.72½	9.72½ M.
„ März	9.70	9.72½	9.72½ „
„ April	9.77½	9.80	9.80 „
„ Mai	9.90	9.92½	9.92½ „
„ August	10.20	10.20	10.22½ „
„ Okt./Dez	9.95	9.97½	9.97½ „
	ruhig	stetig	behauptet

Kaffee.

Hamburg, 19. Febr. Godo average Santos

	vorm.	nachmittags	abends
per März	62.25 G.	62.50 G.	62.25 G.
„ Mai	62.75 G.	62.75 G.	62.75 G.
„ September	62.50 G.	62.50 G.	62.50 G.
„ Dezember	61.75 G.	62.00 G.	61.75 G.
	flau	behauptet	behauptet

Havre, 19. Febr. Kaffee good average Santos per März 74.50. Mai 75.25, per Septbr. 76.25, per Dez. 75.25. Ruhig.

Rio de Janeiro, 19. Febr. Kaffee-Zufuhren 10000 Sack in Rio, 11,000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 19. Febr. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 28.00—28.50. Fest.

Fettwaren und Oele.

Hamburg, 19. Febr. Stadtschmalz 64.00, amerikan. Steam 64.50, Chamberlain 56.25.

Köln, 19. Februar. Rüböl per loko 69.00, per Mai 67.00.

Spiritus.

Nordhausen, 19. Febr. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81.75—82.75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 93.75—94.75 M. per loko 1912 ohne Fass ab Brennerei.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 19. Febr. Städt. Schlachtviehmarkt. (Amtl. Bericht) Es standen zum Verkauf: 218 Rinder (116 Bullen, 28 Ochsen, 74 Kühe u. Färsen), 1946 Kälber, 811 Schafe, 15252 Schweine. Kälber a) Doppelender feiner Mast 95—105 (136—150), b) feinste Mast- (Voll-Mast) u. beste Saugkälber 70—72 (117 120), c) mittlere Mast- und gute Saugkälber 63—67 (105—112), d) geringe Saugkälber 43—52 (78 95). Schafe: Mastlämmer u. jüngere Masthammel — — (— —), ältere Masthammel — — (— —), mässig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) — — (— bis —). — — Schweine: a) Fettschweine über 3 Ztr. — (—), b) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen bis 3 Ztr. 64 66 (80 82), c) vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen bis 2½ Ztr. 63—65 (79—81), d) fleischige Schweine 61—64 (76—80), e) gering entwickelte Schweine bis — (bis —), f) Sauen 61—62 (76—78).

Tendenz: Vom Rinderauftrieb blieben 9 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich glatt. Der kleine Schafauftrieb fand glatt Absatz. Der Schweinemarkt verlief glatt und wurde geräumt.

Wolle.

Bremen, 19. Febr. Baumwolle Upl. loko middl. 63.25.

Liverpool, 19. Febr. Baumwolle, Umsatz 7 000 Ballen. Import 1 000 Ballen, davon amerik. Lieferg. — — Ballen.

Liverpool, 19. Febr. Aegypt. Baumwolle per März 9,90.

Alexandria, 19. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 18.19, Mai 18.24, Nov. 18.02.

Chemische Produkte.

Hamburg, 19. Febr. Chilisalpeter per loko 11.92½, Febr.-März 11.02½, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: stetig.

Metalle.

London, 19. Febr. — Chili-Kupfer fest 64¼, 3 Mon. 64⅛, Zinn, Straits fest 220½, 3 Mon. 215½, Blei span., ruhig 16⅜, engl. 16⅞, Zink, gew. Marke, ruhig 25⅛, spez. Marke 25⅞.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	19. 2.	18. 2.		19. 2.	18. 2
Weizen p. Mai	98⅞	99	Roggen loko	62½	62½
„ „ Juli	98	98⅛	Schmalz p. Mai	10,60	10,65
Mais loko	56¼	56¾	„ „ Juli	10,62	10,67
Mehl Spring cl.	3,80	3,80	**New York**		
Chicago.			Petroleum in Cases	10,80	10,80
Weizen p. Mai	92½	92½	do. in Stard. White	8,50	8,50
„ „ Juli	91⅜	91½	do. in Cred. Balanc.	250	250
Mais p. Mai	51⅞	52¼	Kaffee loko	12¾	12¾
„ „ Juli	53	53¼	„ p. Februar	12,10	12,15
Hafer p. Mai	34	34⅛	„ „ April	—.—	13,37
„ „ Juli	34⅛	34¼			

Tendenz: Weizen willig. Mais willig.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	18. Febr.	+[illegible]	19. Febr.	+[illegible]	2	—
Nebra Oberpegel	„	+2,16	„	+2,30	10	—
„ Unterpegel	„	+1,78	„	+1,66	12	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,62	„	+2,58	4	—
„ Unterpegel	„	+1,08	„	+0,96	12	—
Trotha	18. „	+2,58	19. „	+2,60	—	4
Alsleben, Oberpegel	17. „	+2,66	18. „	+2,60	6	—
„ Unterpegel	„	+2,24	„	+2,16	8	—
Bernburg	„	+1,82	„	+1,70	12	—
Kalbe, Oberpegel	„	+1,84	„	+1,84	—	—
„ Unterpegel	„	+1,72	„	+1,48	24	—

Iser. Eger. Elbe. Moldau.

	Febr.		Fall	Wuchs		Febr.		Fall	Wuchs
Jungbunzl.	18	+0,06	3	—	Wittenberg	19.	+2,4[illegible]	15	—
Laun	„	+0,15	23	—	Rosslau	„	+1,[illegible]1	28	—
Budweis	„	—0,1[illegible]	—	—	Barby	„	+2,38	21	—
Prag	19	+0,22	10	—	Schönebeck	„	+2,25	25	—
Pardubitz	18.	—0,[illegible]	8	—	Magdeburg	„	+1,90	34	—
Brandeis	„	+0,23	7	—	Tangermde.	„	+3,11	16	—
Melnik	„	+0,10	10	—	Wittenbrge.	„	+2,98	13	—
Leitmeritz.	19	+0,08	6	—	Dömitz	18.	+2,71	16	—
Aussig	„	+0,30	22	—	Boizenburg	„	+2,77	13	—
Dresden	„	—1,0	18	—	Hohnstorf	19.	+2,72	14	—
Torgau	„	+1,28	28	—	Lauenburg	„	+2,72	15	—

Aussig, 19. Februar. — Pegelstand plus 0,30 m Vom Oberlauf werden 1.05 m Fall gemeldet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130220011/fragment/page=0005
DFG

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q. quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Febr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	q₂ do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	q₃ do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 19. Febr. 1913

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 6 %, Lombardzinsfuß 7 %, Privatdiskont 5¹/₈ %.

Nachdr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

[illegible]

Preuss. Rentenbriefe

[illegible]

Stadt-, Kreis- etc. Anleih.

[illegible]

Deutsche Pfandbriefe

[illegible]

Deutsche Lose

[illegible]

Ausl. Fonds u. Pfandbriefe

[illegible]

Eisenbahn-Stamm-Aktien

[illegible]

Strassen- u. Kleinbahnen

[illegible]

Schiffahrts-Aktien

[illegible]

Eisenb.-Prioritäts-Oblig.

[illegible]

Deutsche Hypoth.-Pfandb.

[illegible]

Obligat. Indust. Gesellsch.

* hypothekar. sichergestellt

[illegible]

Bank-Aktien

[illegible]

Industrie-Aktien

Berliner Brauereien

[illegible]

Auswärtige

[illegible]

Wechsel-Kurse

[illegible]

Gold, Silber, Banknoten

[illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130220011/fragment/page=0006